

Weg öffnet und diese Verordnung verlängert, die er selbst ja verlängern könnte.

Aber wenn wir als Parlament unser eigenes Recht verletzen, dann sägen wir an der Basis, am Fundament der Demokratie. *(Zwischenruf der Präsidentin: Une brève déclaration personnelle!)* Aus diesem Grund werde ich diesmal anders stimmen. Herr Fluri, Sie haben mich hier überzeugt.

Wermuth Cédric (S, AG): Ich gratuliere Ihnen, Kollegen Fluri und Glättli: Mit diesem Theaterspektakel haben Sie sich die Mitgliedschaft in einem der betroffenen Branchenverbände, über die wir hier jetzt gerade sprechen, mit Sicherheit gesichert. Sie wollen hier eine Formsache machen, nach Artikel 121 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes, das können wir gerne. Doch dann müssen Sie die ganze Geschichte dieser Vorlage betrachten. Es war der Bundesrat und nicht die SGK, der das Parlament in diese engen Fristen gezwungen hat. Der Bundesrat hat erst am 16. und 20. Mai die entsprechenden Entscheide gefällt, für die es keine Dringlichkeit gab und keine Möglichkeit Ihrer Kommission, das vorher zu wissen. Es war ein Verstoß des Bundesrates gegen Treu und Glauben: Er hat den betroffenen Menschen und KMU hier Hilfe zugesichert und dann willkürlich entschieden, sie ihnen innert Tagen wieder zu entziehen. Jetzt stellen Sie sich hier auf den Standpunkt, das Parlament dürfe gegen diese Verletzung der Pflicht zu Treu und Glauben keine eigenen Massnahmen ergreifen.

Der Bundesrat wurde von unserem Büro gebeten, diese Motionen zu beantworten. Er hat es aus formalistischen Gründen mit bürokratischen Argumenten in absurder Art und Weise abgelehnt. Das Parlament stellt dem Bundesrat keine neue Frage, der Entscheid liegt bereits vor. Der Bundesrat kann uns seine Medienmitteilung vom 20. Mai schicken, und das formelle Erfordernis nach Artikel 121 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes wäre eingelöst. Der Entscheid liegt bereits vor, es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln.

Mit Verlaub, wenn Sie schon pingelig sein wollen: Ordnungsanträge auf Rückkommen macht man dann, wenn eine Sachlage unklar war. Gestern hat die Präsidentin genau darauf hingewiesen, in welchen Konflikt mit Artikel 121 des Parlamentsgesetzes sich das Parlament möglicherweise begibt. Sie haben hier alle mit bestem Gewissen und im Wissen um diesen Konflikt zugestimmt. Dieser Ordnungsantrag wäre, wenn Sie schon formalistisch tun wollen, dann nicht zulässig.

Jetzt ist die Frage, was geschieht, wenn wir dem heute zustimmen, aber dann ist es eine Frage des politischen Willens. Selbstverständlich kann der Ständerat noch in dieser Session entscheiden, dass er das Geschäft traktandiert. Wenn Sie es nicht wollen, dann sagen Sie hier, dass Sie es nicht wollen. Aber hängen Sie sich und die Menschen, Zehntausende KMU, hier nicht an Kommas und an Apostrophen auf, die am Schluss verhindern, dass wir diese Menschen vor dem Konkurs retten.

Je rappelle à mes collègues de la Suisse romande qu'ils ont reçu une lettre signée par toutes les chambres de commerce de tous les cantons de Suisse romande, dans laquelle il leur est demandé de soutenir cette démarche.

Genauso haben wir gestern Briefe des Branchenverbandes der Veranstalter und der Kulturproduzentinnen und Kulturproduzenten bekommen. Es ist völlig üblich, dass wir in dieser Corona-Krise manchmal auch einen Entscheid fällen müssen, bei dem noch nicht alle Rechtsgrundlagen geklärt sind. Das haben wir zu Beginn dieser Session mit über 14 Milliarden Franken genauso getan, die wir im Budget eingestellt haben, für die wir aber noch keine Rechtsgrundlage haben.

Jetzt sagen Sie: Das gilt für alle diese Menschen. Für 300 000 Selbstständige in diesem Land soll es aber nicht gelten. Wenn wir das hier tun, dann lassen wir die Menschen wirklich hängen, und dies aufgrund eines halben Satzes im Parlamentsgesetz. Tun Sie das nicht! Wir alle wissen, dass es ein politischer, kein formaler Entscheid des Bundesrates war, die Motionen nicht zu beantworten.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.3466;20.3467/20640)

Für den Ordnungsantrag Fluri ... 93 Stimmen

Dagegen ... 89 Stimmen

(12 Enthaltungen)

18.071

Terrorismus und organisierte Kriminalität. Übereinkommen des Europarates

Terrorisme et crime organisé. Convention du Conseil de l'Europe

Zweitrat – Deuxième Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 09.12.19 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 09.03.20 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 16.06.20 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Antrag der Mehrheit Eintreten

Antrag der Minderheit

(Schlatte, Fivaz Fabien, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Trede)

Eintreten und Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit dem Auftrag, eine neue Vorlage auszuarbeiten:

- die sich auf die mit dem Übereinkommen geforderten Anpassungen beschränkt und keine Ausweitung vornimmt, insbesondere bei der Unterstützung von nicht-verbrecherischen Tätigkeiten von Organisationen;
- die Klarheit schafft bei der Definition einer "terroristischen Organisation" und diese dem richterlichen Ermessen entzieht.

Proposition de la majorité Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Schlatte, Fivaz Fabien, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Trede)

Entrer en matière et renvoyer le projet au Conseil fédéral avec mandat d'élaborer un nouveau projet:

- qui se limite aux adaptations nécessaires pour satisfaire à la convention et qui ne prévoit pas d'extension notamment pour ce qui est du soutien aux activités non criminelles des organisations;
- qui explicite et clarifie la notion d'"organisations terroristes" afin qu'elle ne dépende plus du pouvoir d'appréciation des juges.

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: An ihren Sitzungen vom 13. und 18. Mai dieses Jahres befasste sich Ihre Sicherheitspolitische Kommission eingehend mit den Gefahren des Terrorismus bzw. mit einer verstärkten Terrorismusbekämpfung.

Heute geht es nicht um Strafen nach einem Terroranschlag; nein, heute geht es darum, einen Terroranschlag möglichst zu verhindern. Beim heute zu beratenden Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll sowie über die Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität geht es im Wesentlichen um die Anpassung des Strafrechts und die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Die Bedrohung durch Terrorismus ist eine ernst zu nehmende Gefahr. Terrorismus bedroht unsere Sicherheit und Freiheit und stellt einen direkten Angriff auf unsere Gesellschaft dar. Auf das Konto von religiös oder politisch motiviertem Terrorismus gehen weltweit jedes Jahr Tausende von Toten, Verletzten oder schwer traumatisierten Menschen. Der Terrorismus entwickelt sich jedes Jahr weiter und findet immer neue Wege seiner Entfaltung. Darum ist es unerlässlich, das gesetzliche Instrumentarium jedes Staates gegen Terrorismus regelmässig zu überprüfen und, wenn nötig, den neuen Gegebenheiten und Bedrohungslagen anzupassen.

Mit dieser heute zu beratenden Vorlage passt unser Land seine Gesetzgebung im Bereich der strafrechtlichen Terrorismusbekämpfung den aktuellen Erfordernissen an. Zusätzlich bauen wir die Fähigkeit der internationalen Zusammenarbeit mit anderen Staaten weiter aus. Angefangen mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA haben die weiteren, seither in zahlreichen anderen Ländern ausgeführten Terroranschläge mit Zigtausenden von Toten die Länder unserer Welt davon überzeugt, dass die erfolgreiche Bekämpfung und Prävention von Terrorismus nur dank Zusammenarbeit von anhaltendem Erfolg geprägt sein kann. Unser Land blieb bis heute von grausamen Attentaten verschont, davor gefeit sind wir aber leider nicht.

Ihre Kommission hat umfangreiche Anhörungen zum vorliegenden Entwurf eines Bundesbeschlusses vorgenommen. So wurden Experten aus den Bereichen der Rechtswissenschaft, der Strafverfolgungsbehörden, der Anwälte sowie der kantonalen Polizeiorgane angehört. Im Grundsatz unterstützt die Kommission die Stossrichtung der Vorlage. Sie anerkennt die Bedrohungslage und die diesbezüglichen heutigen Lücken in unseren Gesetzen.

Heute geht es insbesondere um eine Revision des Strafgesetzbuches, in welchem eine neue Strafbestimmung eingeführt werden soll. Dabei geht es um die Ausbildung, die Rekrutierung und das Reisen für terroristische Zwecke. Der neue Artikel 260sexies StGB würde den zuständigen Strafverfolgungsbehörden des Bundes ein gutes Instrument und eine klare gesetzliche Grundlage verschaffen, damit solche Unterstützungshandlungen und Handlungen, welche zur Begehung eines Terrorakts führen können, verfolgt und bestraft werden können.

Der Kommission wie auch dem Bundesrat ist es wichtig, dass die neue Strafbestimmung die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit berücksichtigt. Bestraft werden soll zum Beispiel lediglich die aktiv anwerbende Person. Die angeworbene Person macht sich erst in einer nächsten Phase strafbar, also dann, wenn sie auch selber aktiv einer Gruppierung beiträgt oder selber eine unterstützende Handlung vornimmt. Sich lediglich anwerben zu lassen, ist nicht strafbar.

Ebenfalls werden weitere verstärkende Änderungen des Strafrechts vorgenommen sowie kleinere Verbesserungen und Anpassungen in weiteren Bundesgesetzen. Diese betreffen etwa das Nachrichtendienstgesetz. Dort soll die maximale Strafandrohung für Unterstützung oder Beteiligung an einer verbotenen Gruppierung oder Organisation gemäss Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes von drei auf fünf Jahre erhöht werden, und die Zuständigkeit für die Strafverfolgung soll in jedem Fall bei der Bundesanwaltschaft liegen.

Zusätzlich soll die Strafandrohung von Artikel 260ter des Strafgesetzbuches stärker differenziert werden. Vorgesehen ist neu eine Höchststrafe von zwanzig Jahren für die führenden Köpfe einer kriminellen oder terroristischen Organisation. Ausserdem werden einzelne gesetzliche Kriterien angepasst, damit die Strafverfolgung von solchen Organisationen erfolgreich durchgeführt werden kann. Schliesslich wurde im Interesse der Klarheit die Strafbarkeit der terroristischen Organisationen neu explizit im Gesetz erwähnt.

Neuerungen gibt es auch im Bereich der Rechtshilfe. Zum einen wird die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, mit anderen Staaten gemeinsame Ermittlungsgruppen im Rechtshilfeverfahren zu bilden. Zum anderen soll ein Instrument eingeführt werden, das unseren Rechtshilfebehörden erlaubt, bereits vor Abschluss des Rechtshilfeverfahrens Informationen mit ausländischen Behörden auszutauschen. Ohne eine internationale Zusammenarbeit kann kein effizienter und

wirksamer Kampf gegen Terrorismus geführt werden. Auch in Zukunft kann die Schweiz nicht zur Zusammenarbeit gezwungen werden. Wir können selber entscheiden, mit welchen Behörden wir zusammenarbeiten. So bleibt die Souveränität unseres Landes gewährleistet.

Mit all diesen Gesetzesanpassungen beantragt der Bundesrat den Räten, gleichzeitig das Übereinkommen des Europarates über die Terrorismusprävention mit seinem Zusatzprotokoll zu genehmigen und durch die Schweiz ratifizieren zu lassen. Die Ziele der vorliegenden Anpassungen unserer Gesetze entsprechen den Zielen des Übereinkommens mit seinem Zusatzprotokoll vollumfänglich.

Ihre Kommission beantragt Ihnen einstimmig, auf den vorliegenden Bundesbeschluss einzutreten. Eine Minderheit Schlatter beantragt Ihnen, das Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen. Hier geht es um die Definition von "terroristische Organisation", welche seitens der Minderheit als mangelhaft dargestellt wird. Eine Mehrheit Ihrer Sicherheitspolitischen Kommission beantragt Ihnen, die Vorlage nicht an den Bundesrat zurückzuweisen und somit in die Detailberatung einzusteigen. Das Abstimmungsergebnis betrug 17 zu 6 Stimmen. In der Detailberatung werden wir es mit vierzehn Minderheitsanträgen zu tun haben. Aus Sicht der Kommissionsmehrheit würden die meisten dieser Anträge die Gesamtvorlage zu stark abschwächen und den griffigen Massnahmen die Zähne ziehen. Wir werden im Verlaufe des heutigen Vormittags noch im Detail auf die einzelnen Minderheitsanträge zurückkommen.

de Quattro Jacqueline (RL, VD), pour la commission: Le terrorisme fait vaciller les fondements de nos sociétés plurielles. Il fait craindre pour la liberté, la sécurité et les droits fondamentaux de tout un chacun. Sous ses formes diverses, qu'elles soient nationalistes, religieuses ou encore politiques, il tue, blesse et traumatise chaque année des milliers de personnes à travers le monde. Les attentats du 11 septembre 2001 aux Etats-Unis et ceux qui ont suivi dans de nombreux autres Etats, comme l'Allemagne, la Belgique, l'Espagne, la France, la Norvège, le Royaume-Uni, mais aussi la Russie ou encore la Turquie, sont encore dans toutes les mémoires.

Chaque Etat a un intérêt majeur à adapter régulièrement les outils juridiques dont il dispose pour lutter contre le terrorisme afin de répondre à l'évolution de la menace qu'il représente. La Suisse aussi doit être prête à réagir et n'est pas un îlot de sécurité malgré ce que certains pensent encore à tort. Le projet qui vous est soumis aujourd'hui permet à la Suisse d'adapter ses normes pénales aux enjeux actuels de la lutte contre le terrorisme et aussi de développer sa capacité de coopération avec les autres Etats pour être plus efficace.

Pour mémoire, la détermination internationale à combattre le terrorisme a conduit le Conseil de l'Europe à élaborer la Convention du 16 mai 2005 pour la prévention du terrorisme et son Protocole additionnel du 22 octobre 2015. La convention impose aux parties d'ériger en infraction l'apologie du terrorisme, le recrutement et l'entraînement pour le terrorisme. La lutte contre le crime organisé et les organisations terroristes place les autorités suisses face à des défis bien plus grands que ce qui résulte de la simple mise en oeuvre des obligations figurant dans les deux traités. Elles doivent appréhender des structures qui sont complexes, de vastes réseaux qui ont des capacités considérables de s'imposer vis-à-vis non seulement de leurs membres, mais aussi de l'extérieur. C'est justement de là qu'émane la menace extraordinaire que les organisations criminelles et terroristes font planer sur notre pays aussi.

Le Conseil fédéral veut donc améliorer la prévention et la poursuite d'actes terroristes en procédant à des adaptations ciblées, notamment dans le droit pénal. Il veut réviser la norme pénale sur l'organisation criminelle et modifier un certain nombre d'éléments qui ont fait l'objet de critiques de la part des autorités de poursuite pénale, plus particulièrement du Ministère public de la Confédération.

Le projet prévoit d'augmenter la peine maximale encourue par les personnes exerçant une influence déterminante au sein d'une organisation criminelle ou terroriste et par toute personne qui soutient une organisation terroriste ou qui y par-

ticipé. Il propose aussi des modifications de la loi fédérale sur le renseignement, notamment à l'article 74 relatif à l'interdiction d'organisations. Il établit ainsi une compétence fédérale en matière de poursuite et de jugement des infractions telle qu'inscrite dans la loi actuelle uniquement pour les groupes Al-Qaïda et Etat islamique. Cette loi obsolète sera donc abrogée et remplacée par ce projet.

Il prévoit également d'ajuster la loi sur l'entraide pénale internationale aux nouvelles exigences en matière de coopération internationale et y intègre de nouvelles dispositions pour, d'une part, simplifier la transmission anticipée d'informations et de moyens de preuve en adéquation avec les exigences de la loi et, d'autre part, consacrer le recours à des équipes communes d'enquête.

Dans sa jurisprudence récente, le Tribunal fédéral reconnaît en effet la nécessité d'instaurer une base légale fondant l'adoption de mesures d'entraide modernes. Etant donné l'importance de la place financière suisse, il s'avère indispensable de renforcer la coopération entre les cellules de renseignements financiers, principalement dans le domaine de la lutte contre le financement du terrorisme.

Plusieurs des mesures proposées permettront en outre de répondre à certaines critiques en lien avec le financement du terrorisme exprimées par le Groupe d'action financière dans le cadre de son évaluation 2016 du dispositif suisse de lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme.

Après avoir entendu les représentants des cantons, ainsi que plusieurs experts, la commission est entrée en matière, à l'unanimité, sur le projet. Elle reconnaît que l'adaptation du droit pénal et l'amélioration de la collaboration internationale sont non seulement nécessaires, mais aussi urgentes. Cela fait longtemps que la population attend davantage d'efficacité dans la lutte contre le terrorisme. Ce projet répond à cette demande en mettant en place des outils efficaces, proportionnels et compatibles avec le droit international.

Une minorité Schlatter recommande le renvoi au Conseil fédéral en le chargeant d'élaborer un nouveau projet qui se limiterait uniquement aux adaptations nécessaires pour satisfaire à la convention du Conseil de l'Europe. Elle estime que le projet porte atteinte au principe de l'Etat de droit et affaiblirait des droits fondamentaux; par ailleurs, elle craint qu'il n'y ait pas de mise en oeuvre proportionnelle. En commission, la proposition défendue par la minorité a été rejetée par 17 voix contre 6.

A l'issue de la discussion par article, la commission a largement soutenu le projet du Conseil fédéral au vote sur l'ensemble, par 19 voix contre 5 et 1 abstention. Le Conseil des Etats en avait fait de même, par 35 voix contre 0 et 8 abstentions.

Un certain nombre d'articles ont suscité des discussions intenses. Ainsi, l'article 74 alinéa 2 de la loi fédérale sur le renseignement prévoit l'interdiction d'organisations. Une minorité Addor souhaite donner plus de liberté de manoeuvre au Conseil fédéral et considère qu'il est essentiel que ce dernier ne se fonde pas seulement sur les décisions de l'ONU – ce qui est déjà le cas –, mais qu'il puisse également se fonder sur sa propre appréciation du danger qu'une organisation non visée par une décision de l'ONU pourrait représenter pour notre pays.

La majorité rejette la proposition de la minorité Addor – en commission, la décision a été prise par 14 voix contre 11 –, craignant que la Suisse ne s'expose à des pressions étrangères pour inscrire telle ou telle organisation sur sa liste.

L'article 260ter du code pénal, qui vise l'organisation criminelle, a été introduit dans les années 1990, principalement dans le but de lutter contre les organisations mafieuses. Cette norme doit donc être adaptée à la poursuite des organisations terroristes également. Les critères indiquant qu'on est en présence d'une organisation criminelle ou terroriste ont été reformulés afin de faciliter la tâche aux autorités de poursuite pénale. Une minorité I (Porchet) propose de biffer cet article pour en rester au droit en vigueur. En commission, cette proposition a été écartée par 17 voix contre 3 et 5 abstentions.

Par 17 voix contre 3 et 5 abstentions, votre commission a par ailleurs adhéré à la décision du Conseil des Etats qui prévoit que, dans les deux cas – organisation criminelle et terrorisme –, une peine privative de liberté de dix ans au plus est inscrite dans la loi. La minorité II (Porchet) soutient la version du Conseil fédéral, qui ne prévoit qu'une peine de cinq ans.

L'article 260ter alinéa 1 lettre c introduit une exception pour les organisations humanitaires impartiales. Par 15 voix contre 9 et 1 abstention, la commission a voulu les exclure du champ d'application de la loi. Son souci est évidemment que les organisations puissent continuer à entrer en contact avec des groupes armés en conflit et à porter leur aide à la population dans les zones contrôlées par ces groupes. La minorité III (Hurter Thomas) s'oppose à cette exception et suit le Conseil des Etats dans sa décision d'adopter le projet du Conseil fédéral. Tout d'abord, elle juge, cette exception inutile, car l'aide aux victimes de conflits n'est déjà pas punissable. Elle craint surtout que des organisations humanitaires puissent être utilisées à leur insu par des terroristes de par leur impunissabilité. Je rappelle que dans la consultation le CICR s'était d'ailleurs déclaré favorable à cet article.

Enfin, l'article 260sexies a également fait l'objet d'un long débat. Votre commission vous propose de suivre la version du Conseil fédéral, qui punit d'une peine privative de liberté de cinq ans au plus ou d'une peine pécuniaire quiconque recrute, se fait fournir ou fournit des indications pour fabriquer ou utiliser des armes, des explosifs, entreprend un voyage à l'étranger en vue d'un acte criminel, visant à intimider une population ou à contraindre un Etat ou une organisation internationale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque. C'est le coeur même de la loi. Si cet article est biffé, ce qui est demandé par une minorité, sachez que la lutte contre le terrorisme n'aura que peu d'effet.

Enfin, à l'article 80dbis alinéa 1 de la loi sur l'entraide pénale internationale, votre commission a créé une divergence avec la décision du Conseil des Etats. Elle ne souhaite pas limiter la transmission anticipée d'informations et de moyens de preuve uniquement aux cas de danger grave et imminent pour la vie ou l'intégrité corporelle, car cela restreindrait trop son champ d'application. Lors des auditions, le Ministère public de la Confédération nous a rendus attentifs à cette difficulté. Nous avons donc souhaité créer ici une divergence, ce qui a été accepté par 18 voix contre 4 et 3 abstentions.

La commission est également d'avis qu'une transmission anticipée d'informations doit avoir lieu lorsque les enquêtes étrangères seraient excessivement difficiles sans cette mesure d'entraide ou afin de prévenir un danger grave et imminent. Elle partage l'avis du Conseil fédéral selon lequel il s'agit en la matière de deux éléments différents. Il ne faut donc pas les cumuler; c'est la raison pour laquelle la commission propose d'en rester à la formulation "ou" et non pas "et", cumulative, telle que proposée par le Conseil des Etats.

Enfin, à l'article 80dbis alinéa 4, votre commission n'a pas suivi non plus le Conseil des Etats qui voulait exiger une demande écrite, considérant que cela était trop restrictif lorsque la menace est urgente.

Je conclurai donc en disant que la lutte contre le crime organisé et contre les organisations terroristes est un des défis majeurs de notre époque. Nos autorités doivent pouvoir appréhender des réseaux complexes, qui disposent de moyens considérables – financiers ou logistiques. Nous avons la responsabilité de protéger nos concitoyens et d'adapter nos outils juridiques à l'évolution de la menace. Le projet qui vous est soumis permet à la Suisse d'adapter ses normes pénales aux enjeux actuels de la lutte contre le terrorisme et de développer sa capacité de coopération avec les autres Etats.

La commission vous invite, à l'unanimité, à entrer en matière.

Schlatter Marionna (G, ZH): Bei der Vorlage mit dem ursprünglichen Titel "Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll und Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität" geht es um eine Verschärfung des

Strafrechts. Diese reiht sich in eine lange Liste ein: Seit 2007 gab es im Strafrecht rund sechzig Anpassungen.

Hat die Kriminalität tatsächlich so zugenommen, dass wir alle zwei Monate neue Strafbestimmungen schaffen müssen? Es gibt keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Härte der Gesetze und dem Erfolg bei der Bekämpfung von Terrorismus; schauen Sie nur einmal über die Landesgrenzen. "Freiheit stirbt mit Sicherheit", soll der Schriftsteller Kurt Tucholsky gesagt haben. Jede Verschärfung des Strafrechts kostet uns ein bisschen Freiheit und muss darum sinnvoll, verhältnismässig und nötig sein.

Bis auf kleine Details erfüllt die heutige Gesetzgebung die Forderungen des Übereinkommens mit seinem Zusatzprotokoll. Das bestätigt der Bundesrat in seinem Bericht, ich zitiere: "Das geltende schweizerische Recht vermag den durch die beiden Abkommen aufgestellten Verpflichtungen bezüglich Strafbarkeit, Prävention und internationaler Kooperation bereits heute weitgehend zu genügen." Die Verschärfung des Strafrechts, über die wir heute diskutieren, wird also mit dem Übereinkommen nicht gefordert. Dieses ist an sich unbestritten. Unbestritten ist auch, dass es zur Aufgabe des Staates gehört, Terrorismus zu bekämpfen. Die Revision des Nachrichtendienstgesetzes, der Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus und das Gesetz über die präventiv-polizeilichen Massnahmen ergänzen die Massnahmen.

Lassen Sie mich zwei problematische Punkte der Vorlage hervorheben. Die Anpassung von Artikel 260ter des Strafgesetzbuchs weitet die Strafbarkeit der Unterstützung von Organisationen aus. Neu soll es nicht nur wie bisher strafbar sein, eine Organisation in ihrer verbrecherischen Tätigkeit zu unterstützen, sondern jede Unterstützung soll strafbar werden. Es könnte also auch den Putzdienst oder die Taxifahrerin treffen. Mit der Streichung des Wortes "verbrecherisch" schaffen wir eine erhebliche Rechtsunsicherheit. Bundesrätin Keller-Sutter hat zwar gesagt, dass die Praxis der Gerichte heute sei, dass sich nur strafbar mache, wer einen bewussten Beitrag leiste. Umso mehr ist mir unklar, weshalb das Gesetz nun diese Unsicherheit schaffen soll. Die diesbezüglichen Bedenken werden von der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates, von Strafrechtsprofessoren, vom Anwaltsverband, von den Menschenrechtsorganisationen geteilt.

Ein weiteres Problem betrifft die Definition von terroristischen Organisationen. Welche Organisation als terroristisch eingestuft wird, liegt immer im Auge des Betrachters. Es ist eine politische, keine juristische Entscheidung, und darum ist es nicht angebracht, diese Entscheidung dem richterlichen Ermessen zu überlassen. Die bisherige Praxis, mit der international abgestützten öffentlichen Liste verbotener Terrororganisationen zu arbeiten, scheint uns weit sinnvoller. Es ist nicht im Interesse der Schweiz als neutrales Land, hier eine eigene Definition zu entwickeln.

Zurück zum Beispiel mit der Taxifahrerin: Sie könnte sich also vielleicht strafbar machen, da sie eine Organisation bei ihrer nicht verbrecherischen Tätigkeit unterstützt hätte. Das ist aber nicht ganz klar, da dies ja davon abhängen würde, ob diese Organisation von einem Gericht überhaupt als verbrecherisch, als terroristisch eingestuft würde. Hat es Ihnen hier auch zu viele "hätte", "würde" und "könnte"?

Unterstützen Sie den Rückweisungsantrag meiner Minderheit und damit die Ausarbeitung einer Vorlage, welche sich auf die nötigen Anpassungen beschränkt, keine Rechtsunsicherheiten schafft und unsere Grundrechte respektiert!

Walliser Bruno (V, ZH): Um die Verfolgung von terroristischen Straftaten zu verbessern, muss die internationale Zusammenarbeit erhöht und verbessert werden. Alle Staaten der westlichen Welt sind potenzielle Ziele von Terroristen – denken wir an den Anschlag in Nizza vom 14. Juli 2016. Der Attentäter fuhr auf der Promenade mit einem LKW durch eine Menschenmenge. Mindestens 86 Personen wurden dabei getötet und mehr als 400 zum Teil schwer verletzt. Beim Anschlag mit einem LKW auf dem Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche starben 11 Besucher, und weitere 55 Besucher wurden verletzt.

Die Gefahr von Anschlägen besteht auch für die Schweiz. Wir müssen alles nur Denkbare unternehmen, um solche schrecklichen Taten verhindern zu können. Je früher wir präventiv eingreifen können, umso besser. Mit dieser Vorlage soll die Meldestelle für Geldwäscherei Terrorfinanzierungen aus dem Ausland auch dann bearbeiten können, wenn dazu keine Meldungen aus dem Inland vorliegen. Im Weiteren sollen neue Strafbestimmungen das Anwerben, die Ausbildung sowie das Reisen zu terroristischen Zwecken und entsprechende Finanzhandlungen unter Strafe stellen. Die Änderungen konkretisieren das bisherige befristete Bundesgesetz, das Organisationen wie Al-Kaida und "Islamischer Staat" verbietet, und setzen das Zusatzprotokoll des Europarates zur Verhinderung und Verhütung des Terrorismus um. Geben wir der Strafverfolgung die nötigen Rechtsmittel in die Hände, um die Verfolgung und Verhinderung von terroristischen Straftaten zu verbessern – dies alles im Sinne unserer aller Sicherheit. Im Namen der SVP-Fraktion und der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Rückweisungsantrag der Minderheit Schlatter abzulehnen. Dieser Rückweisungsantrag verfolgt nur ein Ziel und hat nichts anderes im Sinn, als die vorliegende Vorlage abzuschwächen und ihr damit die Zähne zu ziehen. Wir brauchen die nötigen Gesetzesbestimmungen jetzt und so rasch wie möglich.

Addor Jean-Luc (V, VS): Le Conseil fédéral veut donc donner à notre pays les moyens de lutter plus efficacement contre le terrorisme. Il nous propose de le faire au travers de deux projets distincts par leur objet mais liés par leur but: c'est d'abord celui dont nous débattons maintenant, qui vise à adapter l'arsenal de notre droit pénal aux enjeux actuels de la lutte contre le terrorisme et à développer notre capacité de coopération avec les Etats étrangers; et il s'agit d'un second projet (19.032), qui vise à renforcer l'arsenal, cette fois-ci, des mesures policières. Ce projet sera traité à la session d'automne prochain.

L'enjeu, après les attentats qui ensanglantent l'Europe depuis quelques années, est clair: il s'agit de savoir si nous voulons nous donner, ou non, les moyens de garantir plus efficacement la sécurité de notre population contre ce défi que le terrorisme représente pour un pays libre. Certains groupes politiques, en commission, se sont évertués à déplumer, plume après plume, les deux projets dont je viens de parler. Pour celui qui nous occupe maintenant, il s'agissait tantôt de réduire la peine maximale, tantôt d'empêcher la répression des actes de recrutement, d'entraînement, ou les voyages, tantôt encore d'affaiblir la lutte contre le blanchiment d'argent dans le cadre d'organisations terroristes.

Je le dis d'emblée: l'UDC, elle, s'engage résolument pour la sécurité de notre population. Avec la majorité de la commission, nous allons évidemment entrer en matière.

Le groupe UDC estime que le projet reprend fidèlement et d'une manière adéquate la Convention du Conseil de l'Europe pour la prévention du terrorisme. C'est le cas, en particulier, pour ce qui concerne la définition de ce qu'il faut entendre par actes et organisations terroristes. Nous refuserons donc la minorité Schlatter, qui demande un renvoi au Conseil fédéral.

Nous rejeterons toutes les minorités par lesquelles la gauche et les Verts, essentiellement, cherchent à affaiblir nos moyens de lutte contre le terrorisme. Nous soutiendrons tout aussi résolument trois minorités que nous avons déposées, deux minorités Addor et la minorité III (Hurter).

Avec ma première minorité, l'UDC veut laisser au Conseil fédéral la liberté de manoeuvre la plus grande possible pour décider d'interdire des organisations ou groupements qui menacent les sécurités intérieure ou extérieure de la Suisse.

La seconde minorité, à laquelle j'ai modestement donné mon nom – minorité VI –, concerne les cas où l'auteur de l'un des actes que nous voulons réprimer par la nouvelle infraction qui vise les organisations criminelles et terroristes commet d'autres infractions dans le cadre de l'organisation. L'expérience, mise en lumière par les procureurs suisses, a révélé une faille sur ce point dans l'application de la disposition actuelle visant les organisations criminelles qu'il s'agit de cor-

riger avec la nouvelle disposition, en ce sens que dans certains cas en tout cas, la circonstance aggravante du concours ne peut pas être retenue. Or le groupe UDC ne veut pas d'une sorte de régime de faveur pour les terroristes.

Par la minorité III (Hurter), l'UDC veut éviter que sous les oripeaux sympathiques de ce que l'on pourrait appeler "l'exception CICR", avec le recours au concept singulièrement peu clair d'"organisme humanitaire impartial", on paralyse en réalité l'application de la nouvelle version de l'article 260ter du code pénal et légitime ainsi les activités parfois troubles de certaines ONG.

Pour le vote sur l'ensemble, l'UDC vous demande de soutenir, sans l'avoir affaibli et en l'ayant complété par nos propositions, ce projet, qui nous permettra de combler opportunément des lacunes de notre droit et qui donnera à notre pays les moyens de lutter plus efficacement contre le terrorisme. Pour l'UDC, il ne s'agit pas de faire plaisir aux professeurs d'université, ni de défendre les intérêts de quelques cabinets d'affaires dont nous avons entendu des représentants en commission; ce qui nous préoccupe, c'est la sécurité des Suissesses et des Suisses.

Je terminerai en disant ceci: si, avec ce projet nous réussissons, entre autres choses, à empêcher ne serait-ce qu'un seul attentat, si nous réussissons à épargner ne serait-ce qu'une seule victime, nous n'aurons pas travaillé pour rien.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Der Terrorismus ist eine permanente Bedrohung, auch für die Schweiz. Selbstverständlich müssen Massnahmen dagegen getroffen werden, nicht nur, um auf Anschläge zu reagieren, sondern im besten Fall auch, um sie zu verhindern. Das bedeutet in der Konsequenz, dass man auch im präventiven Bereich tätig werden muss. Für die SP-Fraktion ist nun aber absolut entscheidend, dass dies immer im Einklang mit dem Rechtsstaat geschieht.

Terrorismus und organisierte Kriminalität machen nicht vor der Schweizer Grenze halt, sondern lassen sich nur durch internationale Zusammenarbeit wirksam bekämpfen. Es ist daher richtig und sinnvoll, sich dem Übereinkommen des Europarates anzuschliessen, das bis Juni 2018 bereits 39 Staaten ratifiziert haben. So werden europaweit anwendbare Normen geschaffen. Die Sicherheit in der Schweiz wird erhöht, wenn europaweit ein einheitlich hohes und vor allem einheitlich definiertes Sicherheitsschutzniveau zum Tragen kommt.

Der Handlungsbedarf ist also ausgewiesen. Die Vorlage geht der SP-Fraktion aber an manchen Stellen zu weit. Der Terrorismus zielt auf die offene Gesellschaft und die Freiheit ab. Er hat sein Ziel erreicht, wenn wir selber beginnen, die Offenheit unserer Gesellschaft und unsere Freiheiten einzuschränken. Das ist eine gefährliche Entwicklung bezüglich der Einhaltung unserer Grundrechte, und darum gebe ich hier einige Beispiele aus der Vorlage, die wir kritisch sehen.

Kernstück bildet z. B. die Dynamisierung der Rechtshilfe. Sie kommt bereits im Vorfeld von Straftaten zum Tragen, was die Prävention sicherlich stärkt. Allerdings sollte im Vorfeld von Straftaten auch der unmittelbare Zusammenhang zu den Straftaten erkennbar sein. Der Anwaltsverband setzt deshalb grosse Fragezeichen hinter diese Dynamisierung der Rechtshilfe. Die SP-Fraktion stellt dazu entsprechende Minderheitsanträge, durch welche die vorzeitige Übermittlung von Informationen und Beweismitteln genauer definiert und eingeschränkt werden soll.

Im Zentrum standen in der Kommission auch die Diskussionen um Artikel 260sexies StGB. Es geht dort um die Vorverlagerung der Strafbarkeit. Die Vorlage sieht hier die Schaffung einer neuen Strafbestimmung gegen Anwerbung, Ausbildung und Reisen im Hinblick auf eine terroristische Straftat vor. Nach Meinung zahlreicher Strafrechtler und des Anwaltsverbandes sind aber die entsprechenden Verhaltensweisen strafrechtlich bereits weitgehend erfasst. Die Vorverlagerung der Strafbarkeit ist für die SP-Fraktion auch aus rechtsstaatlicher Sicht kaum zu rechtfertigen. Wir stellen darum den Antrag auf Streichung von Artikel 260sexies. Es braucht zudem auch einschränkende Präzisierungen sowie einen Ausbau der Aufsicht.

Auch gilt es, die übertriebenen Erwartungen an die vorgeschlagene Verschärfung des Strafrechts zu dämpfen. Die we-

nigsten gesellschaftlichen Herausforderungen können allein mit dem Strafrecht bekämpft werden. Gerade Terroristen lassen sich durch das Strafrecht wohl kaum abschrecken. Es kann nur einen unterstützenden Beitrag leisten. Deshalb ist immer auch Augenmass angesagt.

Die SP-Fraktion wird darum den Rückweisungsantrag der Minderheit Schlatter unterstützen, der verlangt, dass der Bundesrat eine neue Vorlage ausarbeitet, welche sich auf die im Übereinkommen tatsächlich geforderten Anpassungen beschränkt und keine weiteren Ausweitungen vornimmt. Zudem muss Klarheit bezüglich der Definition einer terroristischen Organisation geschaffen werden. Das darf man nicht den Richterinnen und Richtern überlassen.

Wir werden allen Minderheitsanträgen vonseiten der grünen Fraktion zustimmen. Diejenigen vonseiten der SVP-Fraktion werden wir allesamt ablehnen.

Falls der Streichungsantrag der Minderheit I (Seiler Graf) bei Artikel 260sexies keine Mehrheit findet, werden wir uns in der Gesamtabstimmung sicherlich der Stimme enthalten. Ein Teil der SP-Fraktion wird die Vorlage auch ablehnen.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Le terrorisme représente une menace pour l'ensemble de la planète, et tout particulièrement dans les Etats démocratiques que certains souhaitent déstabiliser. La Suisse ne fait pas exception.

Des mesures doivent être prises pour protéger notre population et nos infrastructures critiques. Nous devons renforcer les moyens mis à la disposition du renseignement et nos forces policières. Il reste à ce niveau encore du travail.

Combattre le terrorisme, être prêt à agir et à réagir, oui. Mais – et c'est l'objet de cette convention du Conseil de l'Europe –, nous devons également être en capacité d'anticiper, de prévenir, de déjouer d'éventuelles attaques. On se rend bien compte de la complexité de cette tâche. C'est souvent comme rechercher une aiguille dans une botte de foin, chercher à l'aveugle, avec pour nous un impératif qui doit rester essentiel dans toutes nos valeurs et nos pratiques: le respect de l'Etat de droit et des droits de l'homme, en concordance avec les traités que nous avons signés.

Utiliser des moyens abusifs, priver un individu de ses droits fondamentaux, lui appliquer des mesures de contrainte sans preuves, sur la base d'impressions ou de simples allégations peu fondées n'est pas acceptable. Car ne pas respecter les règles intangibles de l'Etat de droit pour lutter contre le terrorisme fait justement le lit de la propagande terroriste.

Le présent projet est en lien avec l'objet 19.032, "Mesures policières de lutte contre le terrorisme. Loi fédérale", un texte qui pose tout particulièrement problème à ce sujet, comme nous l'ont clairement exprimé la commissaire aux droits de l'homme du Conseil de l'Europe, différents rapporteurs de l'ONU, de nombreuses ONG et des professeurs d'université. Dans certains passages, nous atteignons la ligne rouge. Le texte que nous traitons aujourd'hui est moins problématique, mais certaines propositions posent problème et font l'objet de propositions de minorité.

Deux questions essentielles sont à la base de la proposition de renvoi de la minorité Schlatter, que nous allons soutenir. Mme Schlatter demande des clarifications concernant la "problématique Croix-Rouge": une organisation qui vient en aide, par exemple pour aider des populations qui sont sous le joug d'une organisation terroriste, est-elle susceptible d'être poursuivie? Les choses ne sont pas tout à fait claires.

Deuxièmement, il y a toute la problématique de la définition de l'organisation terroriste, car on peut tout mélanger. Cela va de l'Etat islamique jusqu'à des mouvements démocratiques taxés de terroristes par les pouvoirs autoritaires en place, alors qu'ils sont en réalité composés de démocrates.

Le Conseil fédéral propose que l'on puisse condamner des personnes sur de simples soupçons basés sur un possible effort de recrutement ou sur l'organisation d'un voyage, avant qu'un acte formellement délictueux ait été commis. La peine encourue pourrait aller jusqu'à cinq ans d'emprisonnement.

Toute la difficulté dans ce type de législation préventive réside dans la définition de la ligne rouge et, surtout, après, dans la décision du juge, dans le fait de savoir si une personne a dépassé ou non la ligne en question. Sans preuve

objective, on pourrait condamner des propos, des mots rapportés, un voyage suspect, des sentiments subjectifs des uns sur les autres. A quand les délits de faciès, la stigmatisation de certaines pratiques religieuses ou la condamnation des propos de bistrot?

Ce débat témoigne de toute la difficulté de prévenir un évènement terroriste, de le déjouer, dans une société démocratique où le respect de l'Etat de droit doit rester la pierre angulaire de toute base légale. Mais c'est le prix à payer pour le respect de l'Etat de droit et de nos valeurs.

Pour nous, la priorité doit être portée sur une politique préventive basée sur l'intégration, en particulier de la jeunesse, avec des contacts réguliers avec l'ensemble des communautés du pays, et plus globalement sur une politique de promotion internationale de la paix et de coopération au développement. Car toute la paix et la stabilité que l'on pourra renforcer dans le monde qui nous entoure se traduira par davantage de paix et de sécurité pour nous aussi. Il est notoire que les zones instables du monde, les Etats qui ont failli, les lieux de guerre et de misère créent le terrain propice au développement de la violence et du terrorisme.

Le sujet du terrorisme est important et le groupe socialiste va entrer en matière, puis soutenir la proposition de renvoi de la minorité Schlatter, car le texte peut être amélioré selon nous. Au vote sur l'ensemble, nous nous abstenons ou refuserons l'objet, en fonction du sort réservé à nos diverses propositions de minorité. Je vous remercie pour votre soutien.

Candinas Martin (M-CEB, GR): Extremismus und Terrorismus sind ein Angriff auf den Rechtsstaat. Sie setzen die Freiheit und das Gemeinwohl unserer offenen Gesellschaft aufs Spiel. Deshalb müssen sie konsequent bekämpft werden. Terroristische Bedrohungen gehören zu den grössten sicherheitspolitischen Herausforderungen heute und in Zukunft. Alle Staaten der westlichen Welt sind potenzielle Ziele von Terroristen, die Gefahr von Anschlägen besteht auch für die Schweiz. Dies bereitet vielen Menschen in unserem Land grosse Sorgen, die ernst genommen werden müssen. Wir müssen uns gegen Terroranschläge wappnen. Terrorismus bedroht nämlich die Freiheit, die Sicherheit und die grundlegenden Rechte jeder einzelnen Person. Auch hinterlässt Terrorismus jedes Jahr Tausende von getöteten, verletzten und traumatisierten Opfern auf der ganzen Welt. Ebenso richtet Terrorismus in den betroffenen Ländern einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden an. Es muss im ureigenen Interesse der Schweiz liegen, dies alles wenn immer möglich zu verhindern und ein griffiges Instrumentarium gegen den Terrorismus zu haben.

Die CVP setzt sich im Parlament seit Langem für die Bekämpfung von Terrorismus ein. Wiederholt haben wir entsprechende Massnahmen vorgeschlagen, die CVP hat bereits im Jahre 2014 mittels der Motion Glanzmann 14.4187 die umgehende Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus, welches wir heute beraten, gefordert. Für die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP ist es unverständlich, dass der Bundesrat, obwohl er die Konvention bereits 2012 unterzeichnete, so lange mit der Ratifizierung zugewartet hat. Uns ist wichtig, dass wir in diesem Bereich endlich Nägel mit Köpfen machen. Wir sind mit der Ratifizierung des Übereinkommens wie auch mit der Ratifizierung des dazugehörigen Zusatzprotokolls einverstanden. Unser Strafgesetzbuch muss an die heutige Bedrohungslage angepasst werden.

Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP unterstützt ausdrücklich die neue Strafbestimmung, die das Anwerben, die Ausbildung sowie das Reisen für terroristische Zwecke und entsprechende Finanzierungshandlungen unter Strafe stellt. Mit der vorliegenden Revision wird auch die bestehende Strafnorm gegen kriminelle Organisationen angepasst, damit sie auch auf Terrororganisationen zugeschnitten ist. Wir begrüssen die vorgeschlagene Erhöhung des Strafmasses. Der CVP-Delegation fehlte jedoch die ausdrückliche Erwähnung, dass diese Strafbestimmung für humanitäre Dienste, die von einer unparteiischen, humanitären Organisation wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz geleistet werden,

nicht gilt. Als Heimatland des IKRK, als Geburtsort der Genfer Konvention und für unser Ansehen als Sitz vieler internationaler Organisationen wäre es völlig unverständlich, wenn man eine Organisation wie das IKRK nicht ausdrücklich von dieser Strafbestimmung ausnehmen würde. Die Mehrheit der Kommission teilt diese Meinung.

Auch wenn wir alle in den letzten Wochen mit Mails des internationalen Genf und von Menschenrechtsorganisationen bedient wurden, ist die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP überzeugt, dass das Verhältnismässigkeitsprinzip und die menschenrechtlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien mit dieser Vorlage gewahrt bleiben. Sollten einzelne Massnahmen in spezifischen Fällen tatsächlich gegen Grund- und Freiheitsrechte verstossen, können die Gerichte die Anwendung dieser Massnahmen im Einzelfall untersagen.

Im Rechtshilfegesetz wird die Fähigkeit zur internationalen Zusammenarbeit mit anderen Staaten weiter ausgebaut. Um auch bei länderübergreifenden komplexen Fällen genügend gewappnet zu sein, können neu gemeinsame Ermittlungsgruppen mit Partnerstaaten eingerichtet werden. Angesichts der heute vorhandenen Mobilität, gerade von Schwerstkriminellen, sei dies im Bereich Terrorismus, Cyberkriminalität oder Menschenhandel, ist dies notwendig. Ebenso sollen der Austausch und die Auswertung von internationalen Informationen über die Terrorismusfinanzierung verbessert werden. Die Meldestelle für Geldwäscherei soll zu diesem Zweck Meldungen aus dem Ausland auch dann bearbeiten können, wenn dazu keine Meldung aus dem Inland vorliegt. Zudem soll die Rechtshilfe bei Bedarf vereinfacht und beschleunigt werden. Gerade im Bereich von Terrorismus ist diese Massnahme, auch wenn nur ausnahmsweise davon Gebrauch gemacht werden darf, von grösster Bedeutung für die Sicherheit.

Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren unterstützt diese Vorlage. Die Bekämpfung des Terrorismus ist nämlich eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen. Auch wenn die polizeiliche Zusammenarbeit und die gesetzlichen Grundlagen in diesem Bereich in den letzten Jahren gezielt verstärkt wurden, fehlen heute aber Rechtsgrundlagen für präventiv-polizeiliche Massnahmen gegen Personen, die als terroristische Gefährder eingestuft werden müssen. Oder noch treffender, wie es in der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten gesagt wird: Präventive Verhinderung einer Rechtsgutsverletzung ist die plausiblere Form der Sicherheitsgewährleistung als die repressive Reaktion, die nichts wieder rückgängig machen kann.

Eine Rückweisung der Vorlage ist ein Spiel auf Zeit, bei einer Vorlage, die sehr spät kommt und im Ständerat so gut wie unbestritten war. Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP bittet Sie, im Sinne der inneren Sicherheit auf den Bundesbeschluss einzutreten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Porchet Léonore (G, VD): Le terrorisme est un fléau. La peur qu'il crée ébranle profondément les fondements de nos sociétés et la confiance que nous pouvons placer dans notre organisation sociale. Le terrorisme s'oppose à toutes mes valeurs humanistes et écologistes et, pour les Verts, il doit être combattu avec énergie.

La Convention du Conseil de l'Europe pour la prévention du terrorisme n'est donc pas contestée, pas plus que son protocole additionnel, car le terrorisme est sans aucun doute un mal international qui doit être combattu globalement par la collaboration entre les Etats. La mise en oeuvre de ces textes est donc un outil proportionné et utile dans la lutte contre le terrorisme. Ce qui l'est beaucoup moins en revanche, c'est de proposer un renforcement des normes pénales contre le terrorisme et le crime organisé qui va bien au-delà de ce qui est demandé par la convention et son protocole. Le renforcement proposé vise à instaurer des mesures disproportionnées, contraires à notre Etat de droit et qui mettent en péril les droits fondamentaux.

La surenchère sécuritaire proposée par le Conseil fédéral donne aux terroristes exactement ce qu'ils recherchent: la remise en question de notre démocratie et de nos libertés.

Dans tous les pays qui ont mis en place une législation contre le terrorisme, on remarque en effet le même processus. Parce qu'on parle du terrorisme qui frappe aveuglément, parce qu'on parle de cette peur de subir une attaque que nous ressentons toutes et tous, parce qu'on ne peut pas se dire que cela n'arrive qu'aux autres, on met en place des mesures sécuritaires drastiques, on cède une partie de notre liberté pour gagner un peu de sentiment de sécurité.

On donne beaucoup pour avoir un peu moins peur. Or la peur est mauvaise conseillère. D'une part, la liberté est notre meilleur rempart face au terrorisme; d'autre part, la surenchère sécuritaire ne marche pas. Il n'y a aucun lien de cause à effet entre la sévérité des lois et le succès de la lutte contre le terrorisme.

Les mesures "sursécuritaires" entretiennent même un climat de peur et favorisent les manoeuvres policières abusives, créant méfiance et rejet de l'Etat de la part des personnes marginalisées. L'expérience nous le prouve: la réponse réactionnelle que produisent les politiques antiterroristes disproportionnées est souvent la stigmatisation et l'amplification de certaines attitudes extrémistes.

L'arsenal législatif suisse est déjà important en matière de lutte contre le terrorisme. Le Conseil fédéral expose d'ailleurs d'entrée de jeu que nos bases légales "satisfont déjà largement aux obligations de punissabilité, de prévention et de coopération internationale inscrites dans les deux traités". Nous avons à notre disposition une loi sur le renseignement efficace, un plan d'action national de lutte contre la radicalisation et l'extrémisme violent, qui est considéré comme satisfaisant, et des adaptations régulières de notre droit pénal ont été faites ces dernières années. Quand je dis "régulières", je parle de soixante adaptations en treize ans pour renforcer encore et encore le code pénal, soit des adaptations faites tous les deux mois! Avec comme coût de chaque durcissement un peu de notre liberté sacrifiée.

C'est pourquoi les Verts proposent de renvoyer le texte au Conseil fédéral en le chargeant d'élaborer un nouveau projet qui se limite aux adaptations nécessaires pour satisfaire à la convention. Les Verts demandent aussi que le Conseil fédéral propose un nouveau texte qui explicite clairement la notion d'organisation terroriste afin que cette définition ne dépende pas du pouvoir d'appréciation des juges. Pour lutter efficacement contre ce mal, nous devons en effet pouvoir définir clairement ce qu'est le terrorisme, quand il a lieu et qui sont les responsables. Pourtant, personne ne peut donner de réponse précise ou une définition du terrorisme qui soit unanime, car la réponse est éminemment politique, pas juridique.

Face à ce constat, il y a deux possibilités: la première consiste à instaurer un flou juridique, laissant ainsi l'appréciation aux juges de déterminer quelle organisation est terroriste ou non, ouvrant ainsi la voie au risque de l'arbitraire; la seconde consiste à établir une liste des organisations terroristes en se basant sur l'expertise internationale de lutte contre le terrorisme qui puisse être au besoin adaptée à la réalité du terrain.

Malheureusement, la majorité de la commission vous prône la première version, celle du flou, ou plutôt des flous. Les Verts considèrent que la pratique de la liste éviterait cet écueil et permettrait de donner à notre lutte contre le terrorisme un cadre clair et éprouvé.

Laisser à un seul juge le pouvoir de déterminer quelle organisation est terroriste ou ne l'est pas, c'est mettre beaucoup de pression sur les instances judiciaires du pays, qui n'ont pourtant pas vocation à prendre ce genre de décision politique. C'est aussi mettre en péril notre neutralité, puisqu'il s'agira parfois de trancher entre des parties en conflit et que la pression internationale n'est pas innocente en matière de terrorisme.

La Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats, les professeurs de droit pénal, le barreau et les organisations de défense des droits humains partagent nos inquiétudes. Nous proposons donc d'en rester au droit en vigueur et de ne pas nous aventurer à définir le terrorisme, ce qui n'est d'ailleurs pas du tout le but de la convention dont nous parlons aujourd'hui. Nous souhaitons garder le système de la

liste plus clair et plus juste, et nous n'acceptons ainsi aucune des modifications proposées à l'article 260ter.

Les Verts demandent aussi que le Conseil fédéral propose un autre texte qui ne prévoit pas d'extension des punitions aux activités non criminelles des organisations. Pour faire court, nous demandons simplement que le Conseil fédéral ne propose pas une loi qui mette sérieusement en danger nos droits fondamentaux, ce bien précieux que nous essayons justement de protéger des terroristes.

Avec la nouvelle loi, toute participation à des activités d'organisations terroristes, même des activités non criminelles, même par des agissements non criminels, serait considérée comme du soutien passible de plusieurs années de prison. Le pauvre pizzaiolo qui travaille dans le restaurant d'une mafia, le chauffeur de taxi, la personne qui s'occupe de nettoyer la moquette, tous risquent de tomber sous le coup de la loi, à cause du vide juridique laissé par l'absence du mot criminel dans la définition, ce à quoi ma minorité à l'article 260ter vise à remédier. Si vraiment ce n'est que la participation déléguée qui est visée, comme le dira certainement Mme la conseillère fédérale, pourquoi alors ne pas le préciser et éviter ainsi une incertitude juridique où pourrait se nicher la violation des droits fondamentaux?

Pourquoi aussi prendre le risque que des organisations humanitaires tombent sous le coup de cette loi? La commission de notre conseil propose heureusement de corriger le projet du Conseil fédéral sur ce point et d'exclure les organisations telles que la Croix-Rouge. Très restrictif, cet amendement est bienvenu, mais il pourrait être élargi à toutes les activités des organisations humanitaires menées conformément aux règles du droit international applicable en cas de conflit armé. Car le travail de promotion de la paix des organisations humanitaires est là encore un rempart bien plus efficace au terrorisme et à la radicalisation que le serrage de vis aveugle.

Dans le même ordre d'idée, il paraît logique d'exclure des organisations considérées comme terroristes dans certains pays mais qui luttent en fait pour la démocratie et l'instauration de l'Etat de droit. Cela est d'ailleurs prévu dans les dispositions relatives au financement du terrorisme. Il n'y a pas de raison que cela ne soit pas aussi présent dans la question du soutien aux organisations terroristes.

La demande de renvoi du texte au Conseil fédéral est tout à fait pertinente, afin de se limiter aux adaptations nécessaires à cette convention, mais aussi afin d'effacer ces flous, qui ne sont qu'une entrave à l'efficacité de notre politique antiterroriste.

Nous voulons un nouveau texte, proportionné, pour pouvoir débattre d'une application qui respecte le cadre donné par la Convention du Conseil de l'Europe pour la prévention du terrorisme, en évitant des restrictions inutiles et dangereuses de nos droits fondamentaux.

C'est ce que défendent les Verts, une politique raisonnée, calculée et juste. Le sujet est trop important. Si important que nous devons absolument être efficaces, et donc prendre des mesures qui font le choix de la réalité, plutôt que de la démonstration sécuritaire.

Faire les gros bras en disant qu'on se préoccupe du terrorisme n'est ni utile, ni efficace. D'autant plus que le terrorisme est précisément un domaine où la prévisibilité est ridiculement faible. Les formes d'action armée se multiplient et se réinventent chaque jour. Nous devons prendre notre courage à deux mains, et dire à la population que la lutte contre le terrorisme est un engagement de longue haleine et que les effets d'annonce pour plus de sécurité au détriment de la liberté n'ont pas de résultats qui soient à la hauteur des espoirs suscités, ni surtout à la hauteur de leurs coûts pour chacune et chacun d'entre nous. Nous devons expliquer qu'il n'y a pas de réponse simple à des questions compliquées, et que le fait de renforcer les secteurs essentiels dans ce domaine, c'est, par exemple, prendre des mesures dans la lutte contre le cyberterrorisme, mais surtout favoriser les facteurs d'intégration et d'éducation des personnes potentiellement marginalisées par une radicalisation nationaliste, religieuse, ou politique.

Nous soutenons une lutte ferme contre le terrorisme. Cependant, pour qu'elle soit efficace, le respect des droits fonda-

mentaux est central. Sinon, nous donnerions aux terroristes ce qu'ils veulent. Les modifications législatives proposées par le Conseil fédéral et soutenues par la Commission de la politique de sécurité du Conseil national mettent en péril l'Etat de droit. Afin de promouvoir une politique de paix, de vivre-ensemble et de lutte contre le terrorisme efficace, concentrons-nous sur le coeur de cible de cette convention du Conseil de l'Europe, sans remettre en question les droits fondamentaux et les valeurs qui font l'identité de la Suisse.

Riniker Maja (RL, AG): Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion zu Ihnen. Ich nehme es gleich vorweg: Für uns ist diese Vorlage äusserst zentral, und wir unterstützen diese sehr wichtige Vorlage einstimmig.

Die FDP-Liberalen haben sich schon seit vielen Jahren gegen den organisierten Terrorismus eingesetzt. Wir begrüssen und unterstützen die vorliegende Botschaft zur Genehmigung und zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll sowie zur Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität. Gegen die Ausbildung, die Rekrutierung und das Reisen für terroristische Zwecke jetzt neue Strafbestimmungen zu schaffen, ist für uns absolut nachvollziehbar. Terrornetzwerke operieren global und dezentral. Deren Bekämpfung muss besonnen und weitsichtig erfolgen. Wir sind dem Bundesrat dankbar, dass er uns im Rahmen der Strafgesetzbuchrevision die Einführung neuer Strafbestimmungen beantragt. Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und gegen terroristische Organisationen stellt die zuständigen schweizerischen Behörden vor besondere Herausforderungen, die über die aus der Umsetzung des Übereinkommens mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll entstehenden Verpflichtungen hinausgehen.

Dass der Terrorismus als ein Element zur Einschüchterung und Bedrohung von Unvorbereiteten, Unbewaffneten und Unschuldigen existiert, zeigen diverse schon verübte, äusserst brutale und schreckliche Attentate. Der Terrorismus ist agil, die Organisationen sind aktiv. Unser Sicherheitsempfinden leidet, und dagegen braucht es ein griffiges Instrumentarium. Wir haben das Privileg, in einem äusserst freien Land zu leben. Diese Freiheit lassen wir uns nicht durch Personen und Organisationen einschränken, die nur ein Ziel haben: unser tief verankertes Sicherheitsempfinden zu verletzen und zu zerstören. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir unser Denken und Handeln wegen weniger hasserfüllter und unser Wertesystem ablehnender Terroristen anpassen. Ja, gegenüber dem grassierenden Terrorismus müssen wir kritisch und wachsam sein, mit klaren Signalen, dass wir den Terrorismus in unserem Land nicht tolerieren. Falls sich dennoch Personen gegen unsere Bürgerinnen und Bürger mittels Planung und Durchführung von Anschlägen hervortun, soll an dieser Stelle gesagt sein: Unsere Antennen sind auf "alert".

Aus diesem Grund sprechen wir uns hier und heute für diese Verschärfungen im Strafgesetzbuch aus. Eine Rückweisung, wie es die Minderheit Schlatter fordert, unterstützen wir nicht. Insbesondere die Forderung dieser Minderheit, die Definition einer terroristischen Organisation zu klären, tragen wir nicht mit. Es gibt, das haben wir schon gehört, keine global verankerte Definition von Terrorismus. Je nach Staat wird der Angriff gegen den Staat oder eben auch gegen Personen interpretiert. Diese Unterschiede anerkennen wir. Wir vertrauen darauf, dass die von den Schweizer Gerichten angewandte langjährige Praxis eine klare Sprache spricht.

Wie ich gesagt habe, treten wir einstimmig ein. Wir diskutieren im weiteren Verlauf noch die weiteren Aspekte in drei Blöcken. Ich möchte kurz vorwegnehmen, dass wir bei den Anpassungen in Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes der Minderheit Addor folgen werden. Bei den breit diskutierten und noch zu diskutierenden Inhalten der Artikel 260ter und 260sexies StGB ist es so, dass wir der Minderheit III (Hurter Thomas) einstimmig folgen werden.

Artikel 260sexies ist für uns äusserst zentral. Die Einführung dieser Strafbestimmung, die im Vorfeld einer geplanten terroristischen Handlung eben die Massnahmen wie das Anwerben, das Ausbilden und das Reisen abdeckt, ist für uns

äusserst zentral, und wir folgen in diesem Artikel der Mehrheit der Kommission. Wir werden alle, wirklich alle Anträge der Minderheiten, die ein Streichen oder ein Abschwächen dieses Artikels vorsehen, ablehnen.

Des Weiteren sind für uns die Anpassungen sowohl im Bundesgesetz über die Rechtshilfe als auch im Geldwäschereigesetz unbestritten. Auch hier unterstützen wir den Bundesrat.

Wir bitten Sie, unserer Fraktion zu folgen. Wir werden eintreten und, wie gesagt, meinen Ausführungen folgen.

Pointet François (GL, VD): Le risque terroriste existe, en Europe et aussi en Suisse, le Service de renseignement de la Confédération nous le rappelle régulièrement.

Pour pouvoir considérer ce risque et prendre des mesures contre celui-ci, il est essentiel de pouvoir adapter nos outils ainsi que le système de collaboration avec les Etats qui nous entourent. Collaborer et ne pas laisser, au sein de l'Europe, un Etat servir de plateforme terroriste est un des objectifs de la Convention du Conseil de l'Europe pour la prévention du terrorisme ainsi que de son protocole additionnel.

Les Vert'libéraux saluent évidemment la mise à niveau de notre code pénal, laquelle permet de renforcer la lutte contre le terrorisme et d'éviter que notre pays serve de base arrière aux groupes terroristes.

Mais dans cette problématique sécuritaire, il faut toujours garder à l'esprit les risques de diminution de liberté. Il y a trop d'exemples dans le monde montrant que la fièvre sécuritaire a conduit à une restriction disproportionnée des libertés. Loin de moi la pensée que nous prenons ce chemin ici, mais nous devons rester attentifs et proportionnés dans nos mesures. Nous aborderons ce point lors du traitement de la question des mesures policières de lutte contre le terrorisme.

Trois points posent problème, dont deux sont le sujet de la proposition de renvoi. Tout d'abord, le fait que le soutien à une organisation terroriste soit punissable même si ce soutien n'est pas directement lié aux activités criminelles. Les Vert'libéraux considèrent qu'il est normal de laisser une marge de manoeuvre dans le jugement. En effet, la pratique relève qu'il est difficile de montrer directement le lien. Il est toujours étonnant de constater que les Européens rentrant d'une zone contrôlée par Al-Qaïda n'ont eu que des activités de cuisine! Ensuite, la clarification de ce qu'est une organisation terroriste est aussi une question délicate. Doit-on s'en tenir aux listes d'organisations de l'ONU? Doit-on avoir une liste propre? ou une définition générique comme celle qui découle de la définition d'un acte terroriste: "Il s'agit d'une attaque intentionnelle contre des civils ou des biens civils visant à intimider une population ou à contraindre un Etat ou une organisation internationale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte"?

Evidemment que certains pays utilisent une telle définition pour museler une opposition démocratique, mais vous conviendrez aussi que si des civils sont touchés dans ce combat démocratique, nous pouvons difficilement cautionner ces actes. Nous pensons que garder une certaine indépendance est nécessaire et que notre démocratie est assez solide pour jouer les garde-fous si notre Etat se mettait à exagérer en déclarant faussement une organisation comme terroriste.

Reste le risque, pour des organisations humanitaires, d'être punies pour un soutien à des organisations terroristes alors qu'elles remplissent leur mission. Il doit être clair qu'une personne qui s'engage dans une organisation humanitaire, en soignant par exemple des personnes membres d'une organisation terroriste, ne peut pas être punie. Le message contient des explications détaillées sur la position du Conseil fédéral, qui exprime les risques de placer une exception dans la loi, mais qui tente aussi de rassurer les organisations humanitaires.

La majorité de la commission a tout de même voulu explicitement citer cette problématique dans la loi, à la satisfaction des Vert'libéraux. En effet, nous considérons qu'il n'est pas suffisant de laisser cette interprétation dans le message ou dans les débats.

En conclusion, le groupe Vert'libéral vous propose d'entrer en matière et de refuser le renvoi du projet tel qu'il est demandé par la minorité Schlatter.

Flach Beat (GL, AG): Sie haben es gehört: Die grünliberale Fraktion tritt auf diese Gesetzesänderung ein. Terrorismus ist weltweit zu einem grossen Problem geworden. Im Jahr 2018 waren über 30 000 Anschläge zu verzeichnen, die meisten davon in Afghanistan und in Syrien. Doch auch auf den Philippinen und an anderen Orten dieser Welt haben schreckliche Attentate viele Opfer gefordert und fordern sie noch weiter. Auch in Europa, Sie erinnern sich, gab es 2004 in Madrid über 190 Todesopfer aufgrund eines terroristischen Anschlags. Terror macht nicht vor Landesgrenzen halt, er hält sich nicht an das Strafgesetzbuch. Terror ist überall, und es ist wichtig, dass die zivilisierte Welt gemeinsam gegen Terror vorgeht und die Kräfte, die Terror unterstützen, die Terror erst ermöglichen und die Terror verbreiten, entsprechend gemeinsam bekämpft.

Darum ist es auch richtig, dass sich Europa eine gemeinsame Gesetzgebung gibt, um zu definieren, wie gemeinsam auch auf strafrechtlicher Ebene gegen entsprechenden Terrorismus vorgegangen werden kann. Wir unterstützen deshalb, dass man gemeinsam den Weg sucht, entsprechend auch Rechtshilfe zu gewähren und Rechtshilfe zu bekommen. Das ist nicht zuletzt für unsere Strafverfolgung wichtig; weil Terrorismus länderübergreifend funktioniert, ist es für unsere Sicherheit wichtig, dass wir entsprechende Massnahmen ergreifen können. Wer aber glaubt, dass man einfach mit drakonischen Massnahmen einen Terroristen als Straftäter davon abhalten kann, seine Straftat zu begehen, der irrt sich. Die drakonischen Massnahmen alleine reichen nicht, sonst hätte es in Afghanistan, in Syrien und im Irak, wo wahrlich drakonische Massnahmen und Strafen auf solche Attentäter warten, nicht die allermeisten Attentate und die allermeisten Opfer gegeben, die dann auch wieder zu Fluchtbewegungen bis hin zu uns führen.

Attentäter lassen sich durch das Strafrecht nicht davon abbringen, Mitläufer vielleicht schon. Allenfalls hilft das Strafrecht, gerade im Zusammenhang mit der internationalen organisierten Kriminalität, entsprechenden Leuten auf die Spur zu kommen, die Terrorismus beispielsweise mitfinanzieren oder mitorganisieren, denn häufig sind es dieselben Kreise. Wir sehen das bei all den Attentätern, die in Europa aktiv waren: Sie haben alle auch irgendwo noch eine kriminelle Verbindung in ganz andere, völlig profane Bereiche hinein. Darum ist es wichtig, dass die Kriminalinstitute hier europaweit zusammenarbeiten.

Die Vorlage, die wir jetzt vor uns haben, nimmt einiges davon auf. Insbesondere ist es wichtig, dass die Strafbarkeit des Anwerbens und die Strafbestimmungen dafür harmonisiert werden. Grundsätzlich gilt das, was wir in Artikel 260sexies beschlossen werden, eigentlich heute schon. Aber wir schaffen eine gewisse Harmonisierung. De facto wird das vor dem Richter wahrscheinlich nicht viel ändern. Trotzdem: Die europaweite Harmonisierung ist wichtig.

Ebenso wichtig oder noch viel wichtiger ist die Beschleunigung der Rechtshilfe in internationalen Strafsachen. Bei der Ermittlung von Straftätern muss sie entsprechend angepasst werden, damit man schneller Beweise erheben und teilen kann, denn Terrorismus ist wie gesagt international und hat entsprechend auch Verflechtungen in alle Länder und alle Winkel.

Ebenso wichtig ist, dass Ermittlungsarbeit auch gemeinsam erfolgen kann. Auch das wird mit dieser Vorlage aufgenommen, dass unsere Ermittler zusammen mit ausländischen Ermittlern entsprechende Terrorzellen erforschen, denen nachgehen und ihrer mit strafrechtlichen Mitteln auch Herr werden können.

Aber wie gesagt: Mit dem Strafrecht alleine ist es nicht gemacht. Wenn wir uns überlegen, wo die meisten Terrorfälle vorkommen – ich habe es vorhin gesagt: Tausende in Afghanistan, Syrien, Irak usw., Hunderte und Aberhunderte von Terrorfällen in Afrika –, dann müssen wir uns auch überlegen, wie wir verhindern können, dass der Terrorismus zu uns importiert wird. Das können wir, indem wir die Finanzie-

rung und die Ursachen des Terrorismus auch weltweit bekämpfen. Zusammen mit den anderen europäischen Staaten muss die Schweiz dafür sorgen, dass die Finanzierungsquellen trockengelegt werden, dass denjenigen, die den Terror in ihren Ländern finanzieren und letztlich auch Zellen hier in Europa mitfinanzieren, der Geldhahn zugekehrt wird. Das können wir machen, indem wir genau hinschauen, wohin wir was wem liefern und mit wem wir Geschäfte machen.

Ich bitte Sie namens der grünliberalen Fraktion, auf diese Gesetzesvorlage einzutreten, die ein kleines Puzzleteil zur Bekämpfung des Terrorismus liefern und vielleicht auch einen Beitrag an die Sicherheit unseres Landes und Europas leisten wird. Zu den Minderheitsanträgen werde ich zu gegebener Zeit noch sprechen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Terrorismus und Terroranschläge sind nicht nur Delikte gegen Leib und Leben, ein Terrorakt kann sich gegen uns alle richten. Die Täter greifen unsere Gesellschaft an und attackieren unsere Art, gemeinsam und unabhängig von kulturellen und religiösen Unterschieden zu leben. Was können wir gegen solche schrecklichen, häufig auch unbedachten Taten tun? Die Erfahrungen zeigen es: Wir müssen uns auf verschiedenen Ebenen engagieren und tätig werden, um der Gefahr des Terrorismus erfolgreich zu begegnen. Prävention und Aufklärung sind essenziell. Es sind vor allem drei Eckpunkte der Strategie zu erwähnen, mit welcher der Bundesrat der Bedrohung durch den Terrorismus konsequent entgegentritt:

1. der Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus;
2. neue Möglichkeiten für die Polizei im Umgang mit sogenannten Gefährdern, Sie werden diese Vorlage ja dann noch beraten;
3. eine gezielte Verstärkung unserer Gesetze für die Strafverfolgung.

Gemeinsam haben Städte, Gemeinden, Kantone und der Bund den Nationalen Aktionsplan verabschiedet. Die Umsetzung mit einer Anschubfinanzierung des Bundes von 5 Millionen Franken läuft seit 2018 und wird fünf Jahre dauern.

Nun aber kommen wir zum Strafrecht und zur internationalen Zusammenarbeit. Damit wir den aktuellen Herausforderungen des Terrorismus noch besser begegnen können, schlägt Ihnen der Bundesrat die Einführung einer neuen Strafbestimmung vor, und zwar gegen die Ausbildung, die Rekrutierung und das Reisen für terroristische Zwecke. Dieser neue Artikel 260sexies StGB gibt den Strafverfolgungsbehörden des Bundes ein gutes Instrument und eine klare gesetzliche Grundlage in die Hand, damit solche Unterstützungshandlungen und Handlungen, die zur Begehung eines Terroraktes führen können, verfolgt und bestraft werden. Gleichzeitig ist es dem Bundesrat aber ein wichtiges Anliegen, dass die neue Strafbestimmung unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit ausgestaltet wird. Bestraft werden soll z. B. bloss die aktiv anwerbende Person. Die angeworbene Person macht sich erst dann strafbar, wenn sie in eine Gruppe eintritt oder selber eine unterstützende Handlung vornimmt.

Wir werden in der Detailberatung noch darauf zu sprechen kommen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass, wenn Frau Nationalrätin Seiler Graf sagt, diese Bestimmung in Artikel 260sexies müsse gestrichen werden, sonst könne man nicht zustimmen oder enthalte sich, dies der Kern des Europaratsübereinkommens ist, das ist der Kern der Konvention. Im Übrigen ist das Reisen im Hinblick auf eine terroristische Straftat schon heute unter Strafe gestellt, nämlich im Gesetz über das Verbot der Gruppierungen Al-Kaida und "Islamischer Staat" sowie verwandter Organisationen aus dem Jahr 2014 – das befristete Gesetz, das wir ja hier jetzt ablösen wollen.

Ich habe es vorhin erwähnt, es gibt verschiedene Säulen. Es ist so: Wenn man jetzt kritisiert, das Strafrecht nütze ja eigentlich nichts, dann muss man hier auch sagen, ich habe es vorhin gesagt, dass wir den Aktionsplan gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus haben. Das heisst also, dass wir präventiv tätig sind, dass wir die präventiv-polizeilichen Massnahmen haben, über die wir noch beraten werden, und dass wir das Strafrecht haben. Es ist so, dass das Strafrecht allein wahrscheinlich niemanden davon abschreckt, ei-

ne terroristische Tat zu begehen, aber das Strafmass, das wir ja hier erhöhen wollen, bildet auch den Unrechtsgehalt einer Tat in einer Gesellschaft ab und muss letztlich auch diesem Aspekt Genüge tun. Die Bevölkerung muss sich auch mit der Strafandrohung zu einer entsprechenden Tat identifizieren können.

Neben dieser Strafnorm in Artikel 260sexies beantragt Ihnen der Bundesrat zusätzliche Verstärkungen des Strafrechts sowie Anpassungen von weiteren Bundesgesetzen.

Dies betrifft zum einen das Nachrichtendienstgesetz. Die maximale Strafandrohung für die Unterstützung von oder Beteiligung an einer verbotenen Gruppierung oder Organisation gemäss Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes soll von drei auf fünf Jahre erhöht werden. Die Zuständigkeit für die Strafverfolgung soll in jedem Fall bei der Bundesanwaltschaft liegen.

Zum anderen haben wir die Kritik von Strafverfolgungsbehörden bezüglich der Bekämpfung von kriminellen Organisationen ernst genommen. Entsprechend beantragt der Bundesrat, dass die Strafandrohung von Artikel 260ter stärker differenziert wird. Vorgesehen ist eine neue Höchststrafe von zwanzig Jahren für die führenden Köpfe einer kriminellen oder terroristischen Organisation. Die Strafbarkeit von terroristischen Organisationen wird als qualifizierte Form der kriminellen Organisation mit einer Strafandrohung von bis zu zehn Jahren explizit im Gesetz erwähnt. Ausserdem werden die gesetzlichen Kriterien angepasst, damit die Strafverfolgung erfolgreich durchgeführt werden kann. Die Details der einzelnen Anpassungen und die bisherigen parlamentarischen Beratungen werden wir dann später noch zur Kenntnis nehmen. Ich habe es bereits angetönt: Ohne internationale Zusammenarbeit kann der Kampf gegen den Terror nicht geführt werden. Daher beantragen wir im Rahmen der Rechtshilfe zwei Neuerungen: Zum einen wird die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, mit anderen Staaten gemeinsame Ermittlungsgruppen im Rechtshilfeverfahren zu bilden. Zum anderen beantragen wir die Einführung eines Instrumentes, welches unseren Rechtshilfebehörden erlaubt, bereits vor Abschluss des Rechtshilfeverfahrens mit ausländischen Behörden Informationen auszutauschen. In beiden Fällen gilt: Unsere Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und unsere Verfahrensgarantien werden gewährleistet. Die Schweizer Behörden werden zu nichts gezwungen. Sie können nach wie vor selber darüber entscheiden, mit welchen Behörden und in welchem Einzelfall sie solche Ermittlungsteams einrichten und wem sie vorzeitig Informationen und Beweismittel zukommen lassen. Das heisst also: Die Souveränität der Schweiz bleibt gewahrt.

Schliesslich sehen wir auch eine wesentliche Neuerung des Geldwäschereigesetzes vor. Die Meldestelle für Geldwäscherei soll eine zusätzliche Kompetenz erhalten. Die Stelle soll in Zukunft auch dann tätig werden können, wenn sie Informationen einer ausländischen Partnerstelle erhält, und nicht nur, wenn eine inländische Verdachtsmeldung eintrifft. Dadurch wird gerade die Terrorismusbekämpfung gestärkt. Das Vernehmlassungsverfahren zu diesem Geschäft wurde 2017 durchgeführt. Von den insgesamt sechzig eingegangenen Stellungnahmen hat die grosse Mehrheit die Vorlage begrüsst. Ein wichtiges Anliegen vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer war, dass mit der Vorlage ein Gewinn an Sicherheit erzielt wird, ohne dass dabei die Grundrechte unverhältnismässig eingeschränkt werden. Diesem Anliegen ist der Bundesrat nachgekommen.

Der Bundesrat schlägt Ihnen gemeinsam mit den dargestellten Gesetzesanpassungen vor, gleichzeitig das Übereinkommen des Europarates über die Terrorismusprävention mit seinem Zusatzprotokoll zu genehmigen und durch die Schweiz ratifizieren zu lassen. Die Ziele der vorliegenden Anpassungen unserer Gesetze entsprechen den Zielen dieses Übereinkommens mit seinem Zusatzprotokoll voll und ganz. Einem Beitritt der Schweiz stünde also nichts mehr im Wege. Es liegt im Interesse unseres Landes, dass die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten hier vereinfacht und auch beschleunigt wird.

Noch ein Wort zum Rückweisungsantrag: Die Erfahrungen in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass die Schweiz

an sich, das wurde gesagt, recht gut gerüstet ist, um terroristischen Bedrohungen und anderer schwerer Kriminalität zu begegnen. Wir müssen unsere Rechtsordnung also nicht auf den Kopf stellen. Es gibt aber Bereiche, wo wir unser Instrumentarium verbessern können, und wir hatten vielleicht einfach auch Glück. Die Vorlage beinhaltet solche Verbesserungen. Ich beantrage Ihnen daher, auf das Geschäft einzutreten.

Der Rückweisungsantrag verlangt, dass wir uns auf das beschränken, was das Übereinkommen des Europarates zwingend verlangt. Die Schweiz verfolgt jedoch bei der Umsetzung von Strafrechtsübereinkommen des Europarates einen anderen Ansatz und ist damit gut gefahren. Wir begnügen uns nicht damit, den Inhalt eines Übereinkommens einfach in unser Recht zu übertragen, sondern wir nutzen jeweils auch die Gelegenheit, um zu prüfen, inwieweit die Gesetzgebung im betreffenden Bereich verbessert werden kann. Wir stellen also nationale Bedürfnisse auf die gleiche Stufe. In diesem Zusammenhang haben wir zum Beispiel auch den Ruf unserer Praktiker und Strafverfolger gehört.

Im Rückweisungsantrag ist auch die Frage des Terrorismusbegriffs erwähnt. Ich möchte hier klar festhalten, dass es keine global verankerte, umfassende Definition des Terrorismus gibt. Auf Stufe der UNO scheiterten solche Versuche an den Fragen des Staatsterrorismus sowie an den Fragen der Freiheitskämpfer. Die schweizerischen Gerichte haben bei der Auslegung des Begriffs "Terrorismus" eine langjährige Praxis entwickelt. Sowohl im Bereich des Strafrechts wie auch in der internationalen Zusammenarbeit besteht genügende Klarheit darüber, was als Terror eingeordnet wird und was nicht. Staatsanwälte und Gerichte wenden das relevante Strafrecht bereits heute in einer konsistenten Art und Weise an. Im Übrigen haben wir heute bereits eine Definition im schweizerischen Recht, nämlich in Artikel 19 Absatz 2 Buchstabe a des Nachrichtendienstgesetzes.

Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag entsprechend dem Antrag Ihrer Kommissionsmehrheit abzulehnen und stattdessen einzutreten, um mit der Detailberatung zu beginnen.

In der Detailberatung bitte ich Sie, überall der Mehrheit zu folgen, mit Ausnahme von Artikel 260ter Absatz 3 Buchstabe c des Strafgesetzbuchs. Hier bitte ich Sie namens des Bundesrates, die Minderheit III (Hurter Thomas) zu unterstützen; wir kommen in der Detailberatung noch darauf zurück.

Gerne erwähne ich noch, dass der Ständerat die Vorlage mit 35 zu 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen gutgeheissen hat.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): J'ai des problèmes de compréhension. Dans la loi soeur sur les mesures policières, 19.032, "Mesures policières de lutte contre le terrorisme", il est question par exemple de "terroriste potentiel" – on y reviendra. Je ne sais pas bien de quoi il s'agit. J'ai de la peine à situer la ligne rouge. Lorsqu'il est question de procéder à un attentat ou de tuer quelqu'un, je comprends. Organiser clairement un attentat – quand on est avec un groupe, on s'arme, on s'organise, on monte l'histoire – je comprends. Et là, j'ai l'impression que nous sommes prêts à condamner des gens qui se trouvent à un stade qui se situe avant la ligne rouge. Ils n'ont encore rien commis de répréhensible – peut-être qu'ils ont discuté ou fait un voyage, etc. Pouvez-vous m'expliquer où se situe cette ligne rouge?

Keller-Sutter Karin, conseillère fédérale: Monsieur Fridez, j'essaie de vous expliquer où se trouve la ligne rouge, ou la différence qu'il y a. Il faut faire attention car maintenant on parle toujours d'un projet frère lorsqu'on parle des mesures préventives de police, que nous allons aussi traiter (19.032). En fait, c'est par hasard que ces deux projets sont traités ensemble. Dans le cas présent, il s'agit du code pénal. Avec les mesures préventives de police, il s'agit en fait d'un domaine où l'on ne se situe probablement pas encore dans une procédure pénale. C'est autre chose.

Il faut peut-être comparer les mesures préventives de police – les fameuses MPT –, par exemple, avec les mesures préventives que nous avons déjà dans le domaine du mariage ou dans le hooliganisme. C'est donc autre chose.

Si vous posez la question de savoir s'il y a une "punition" avant le fait d'avoir commis un délit, c'est vrai dans le sens où l'on dit que les voyages, la préparation d'un voyage, par exemple, à des fins terroristes, cela est déjà punissable, c'est vrai. Maintenant la question est de savoir si, pour vous, c'est déjà un acte qui devrait être puni ou pas. Vous pouvez tout à fait avoir le point de vue qu'un acte terroriste est seulement punissable lorsqu'il a été effectué.

Mais dans le cas présent, la préparation des actes terroristes est aussi punissable. Je l'ai expliqué, cela se trouve à l'article 260sexies, et en fait, c'est aussi le contenu central de la convention du Conseil de l'Europe.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous votons sur la proposition de renvoi de la minorité Schlatter.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 18.071/20643)
Für den Antrag der Minderheit ... 67 Stimmen
Dagegen ... 127 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll sowie über die Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität

Arrêté fédéral portant approbation et mise en oeuvre de la Convention du Conseil de l'Europe pour la prévention du terrorisme et de son Protocole additionnel et concernant le renforcement des normes pénales contre le terrorisme et le crime organisé

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous allons procéder à la discussion par article, qui a été divisée en trois blocs. La composition de ceux-ci vous a été distribuée avec les indications utiles pour le déroulement des débats.

Block 1 – Bloc 1

Nachrichtendienstgesetz und andere Gesetze
Loi sur le renseignement et autres lois

Addor Jean-Luc (V, VS): Dans ce bloc, on a regroupé le traitement de trois chapitres: un article de la loi sur le renseignement, ainsi que des dispositions non contestées du code de procédure pénale et du code pénal militaire.

Le seul point, dans ce bloc, qui prête à discussion concerne l'article 74 de la loi sur le renseignement, c'est-à-dire les conditions dans lesquelles le Conseil fédéral peut interdire une organisation ou un groupement qui menace la sécurité intérieure ou extérieure de la Suisse.

J'en viens à la minorité, à laquelle j'ai modestement donné mon nom. A l'article 74 alinéa 2 de la loi sur le renseignement, je propose une petite adjonction. Pour prononcer une interdiction, le Conseil fédéral doit se fonder, comme il le propose, sur une interdiction ou des sanctions prononcées par les Nations Unies, mais pas seulement, d'où ma proposition d'ajouter l'adverbe "notamment". Le gouvernement doit ainsi

pouvoir se fonder également sur sa propre appréciation des menaces qui pèsent sur la sécurité de notre pays. L'objectif est de donner un peu plus de liberté de manoeuvre au Conseil fédéral.

Je prends un exemple. En commission, nous avons discuté il y a quelque temps de l'opportunité d'interdire une organisation islamiste à laquelle je ne veux pas faire de publicité. Le directeur du Service de renseignement de la Confédération nous avait répondu que la formulation actuelle de la disposition en question – qu'il s'agit donc en somme de reprendre – liait le Conseil fédéral, dans le sens où ce dernier ne pouvait pas sortir du cadre défini par les décisions du Conseil de sécurité de l'ONU. La version qui nous est soumise reprend donc le droit actuel, avec cette limitation que nous déplorons. Mon souci est qu'on limite trop la liberté de manoeuvre du Conseil fédéral, au détriment de notre sécurité. Il est clair que l'appréciation autonome de la menace qu'une organisation terroriste non visée par une mesure du Conseil de sécurité de l'ONU peut représenter pour la sécurité de notre pays peut être un peu délicate. C'est une chose. Mais la sécurité, fondamentalement, est une question de souveraineté. Un pays souverain, qui souhaite le rester, n'a aucune raison de se lier, par une loi, à l'appréciation d'une institution internationale, dont le sujet principal de préoccupation ne sont pas les intérêts et la sécurité de la Suisse.

Derrière ma proposition, il y a donc simplement une question de liberté de manoeuvre, de flexibilité et de souveraineté. Dans ce sens, au nom du groupe UDC, je vous demande donc de soutenir la minorité Addor.

Candinas Martin (M-CEB, GR): Auf den ersten Blick scheint die Idee der Minderheit Addor reizvoll. Die Möglichkeit für den Bundesrat, ein Verbot einer Organisation auszusprechen, ist mit dem Entwurf des Bundesrates nicht gegeben. Ein Verbot hängt nämlich von einem Beschluss der Vereinten Nationen ab. Allerdings müssen wir uns schon bewusst sein, dass wir mit einem Organisationsverbot die Rechte dieser Organisationen und Gruppierungen gänzlich einschränken. Es ist also ein sehr einschneidender Schritt und darf erst das letzte aller Mittel sein, um eine schwere, unmittelbare und auch internationale Gefahr zu bekämpfen. Mit dem Verweis auf einen UNO-Beschluss stellen wir sicher, dass dieser Beschluss in einem breiteren, genügend abgestützten internationalen Kontext geschieht. Auch stellen wir mit dieser Praxis sicher, dass der Bundesrat und die Schweiz, die neutrale Schweiz, sich nicht ohne Not internationalen Druckversuchen aussetzen. Andere Staaten werden nicht zögern, diplomatische Schritte zu unternehmen, damit die Schweiz die eine oder andere Organisation mit einem Verbot belegt. Für die neutrale Schweiz ist dies sehr heikel; das darf nicht unterschätzt werden.

Aus diesem Grund wird die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP der restriktiven Formulierung des Gesetzes gemäss Bundesrat und Ständerat zustimmen. Damit stellen wir sicher, dass wir nicht internationalen Pressionen oder diplomatischen Demarchen ausgesetzt werden, nur weil ein Staat eine Organisation oder Gruppierung verboten haben möchte. Ich bitte Sie, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le groupe socialiste et le groupe des Verts soutiennent la proposition de la majorité. Le groupe libéral-radical renonce à prendre la parole.

Flach Beat (GL, AG): Die Grünliberalen bitten Sie hier, der Mehrheit zu folgen.

Bitte beachten Sie auch, woher wir kommen: Wir kommen von einer Sondergesetzgebung, die wir gegen Al-Kaida und ähnliche Organisationen erlassen haben und die wir nun ins ordentliche Recht übersetzen.

Eine eigene Definition, was man denn als terroristische Organisation ansehen will, wie sie die Minderheit Addor verlangt und dann behauptet, wir würden damit die Sicherheit und die Souveränität der Schweiz erhöhen, bringt hier nichts. Im Kontext des Übereinkommens des Europarates bringt es nichts, und es bringt uns auch weder politisch noch von der Sicher-

heit her etwas, denn Personen, die sich strafbar machen, weil sie Vorbereitungshandlungen für irgendeinen terroristischen Akt oder etwas anderes, was strafbar ist, begehen, machen sich auch strafbar, wenn sie nicht Teil einer solchen Organisation sind. Das heisst, die Aufzählung der Organisationen ist quasi nur so ein Auffangtatbestand, der aber wichtig ist, wenn man gemeinsame Sanktionen respektive ein gemeinsames internationales Vorgehen koordinieren will.

Wenn jedes Land in Europa selber festschreibt, was es denn noch als terroristische Organisation einstuft und was nicht, dann geht die Kooperation schlicht und ergreifend in die Brüche, denn davon hängt letztlich auch die Rechtshilfe ab. Es nützt nichts, wenn wir Rechtshilfebegehren stellen, um Organisationen strafrechtlich zu verfolgen, die in anderen Ländern nicht als terroristische Organisationen angesehen werden, wo also deren Tätigkeit nicht strafbar ist; das bringt für uns überhaupt nichts. Und, was noch viel tragischer oder viel weitreichender ist: Wenn der Minderheitsantrag Addor angenommen würde, würde das wahrscheinlich dem Bundesrat und auch den Strafverfolgungsbehörden nicht mehr Mittel in die Hände geben, sondern uns unter Umständen sogar Druckversuchen aus anderen Staaten aussetzen, die entsprechend einzelne Organisationen gerne auf unserer Liste terroristischer Organisationen hätten.

Bitte bleiben Sie hier bei der Mehrheit. Das ist ein pragmatischer Weg. Die Minderheit Addor schafft nicht mehr Sicherheit.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte Sie namens des Bundesrates bitten, die Minderheit Addor abzulehnen. Eine Beschränkung auf einen Beschluss der Vereinten Nationen ist im Interesse der Schweiz. Ich ersuche Sie, von einer Ausweitung mit "insbesondere" oder eben "notamment", wie sie die Minderheit Addor vorschlägt, aus folgenden Gründen abzusehen:

Der Bundesrat ist in seiner Verbotspolitik eingeschränkt. Das ist gewollt, und es ist auch gut so. Das heisst aber nicht, dass man nicht gegen Vereinigungen ermitteln kann. Artikel 260ter StGB ermöglicht die Ermittlung jederzeit, dazu muss jemand nicht auf einer Verbotsliste sein. Ein Organisationsverbot ist natürlich eine einschneidende Massnahme und auch eine Einschränkung der Grundrechte. Wir wollen die Einschränkung der Verbotspolitik sicherstellen, indem wir hier im Gesetzestext einen Verweis auf die UNO machen, wo transnationale und globale Bedrohungen behandelt werden.

Ein zusätzlicher wichtiger Grund ist: Wir stellen sicher, dass der Bundesrat und die Schweiz sich nicht ohne Not internationalem Druck aussetzen. Andere Staaten werden nicht zögern, regelmässig diplomatische Schritte zu unternehmen, damit die Schweiz diese und jene Organisation mit einem Verbot belegt. Deshalb wollen wir diese Einschränkung auf die UNO. Wir brauchen an dieser Stelle nicht zahlreiche Verbote basierend auf dem Nachrichtendienstgesetz.

Ich möchte noch daran erinnern, dass auch ein UNO-Sanktionsbeschluss der Schweiz noch Autonomie lässt: Die Schweiz kann selber entscheiden, ob sie ein Verbot erlässt oder nicht. Ein Sanktionsregime verpflichtet die Schweiz also noch zu nichts.

Je crois que M. Addor et le Conseil fédéral veulent en fait la même chose. Mais je crois qu'il y a peut-être un malentendu. Si vous soutenez la majorité de la commission, vous soutenez aussi une marge de manoeuvre et une appréciation plus large du gouvernement suisse. On accorde plus de liberté au Conseil fédéral. Si vous soutenez la proposition de la minorité Addor, au contraire, il faut tenir compte notamment des sanctions de l'ONU, mais également d'autres sanctions ou d'autres interdictions. Cela pourrait mettre sous pression la Suisse pour qu'elle interdise des organisations pour des raisons politiques, ce que nous ne voulons pas.

Je vous prie donc de bien vouloir suivre la majorité.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Frau Bundesrätin, heute beginnt ja in Deutschland der Prozess gegen einen Rechtsradikalen, der einen Politiker ermordet hat, und gegen die entsprechende rechtsradikale Gruppierung. Es gibt einzelne Länder, die links- und rechtsradikale Gruppierungen auch als

Terroristengruppierungen deklarieren, z. B. früher die RAF. Meine Frage an Sie: Welche Möglichkeiten hat der Bund, wenn ein einzelnes Land eine Gruppierung als Terroristengruppierung deklariert, diese ebenfalls unter dieses Gesetz zu stellen?

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Der Bundesrat hat die Möglichkeit, eine solche Verbotsliste zu erlassen. Ich habe jetzt gesagt, dass wir uns ausschliesslich durch die UNO und deren Sanktionsbeschlüsse "beeinflussen" lassen müssen, wobei wir auch bei einem Sanktionsbeschluss der UNO noch autonom sind. Man muss in diesem Bereich einfach sehr aufpassen, dass es nicht Verbotslisten von Ländern oder Organisationen gibt, die man dann quasi aus politischen Gründen übernehmen müsste. Wir haben in der Kommission auch breit darüber gesprochen: Was ist dann genau Terrorismus? In gewissen Ländern sind Freiheitskämpfer Terroristen, und wir wollen uns diplomatisch eben nicht unter Druck setzen lassen, solche Gruppierungen dann vielleicht zu verbieten, weil sie in einem anderen Staat als terroristisch gelten.

Addor Jean-Luc (V, VS): Madame la conseillère fédérale, je pense que nous pouvons dire que, sur le fond, nous voulons la même chose dans ce dossier. Sur ce point particulier, vous me permettez toutefois de vous dire que ce n'est pas le cas.

J'ai cité un exemple pratique, celui d'une organisation active en Suisse qui avait, entre autres, organisé des instructions au maniement du couteau. On a constaté qu'avec la législation actuelle, que vous proposez de reprendre, on avait les mains liées et qu'on ne pouvait pas l'interdire. Peut-être que ce n'est pas nécessaire, peut-être que oui, mais le cadre légal ne le permet pas.

Pensez-vous que le cadre légal actuel, que vous proposez de maintenir, va dans le bon sens pour assurer la sécurité des Suisses?

Keller-Sutter Karin, conseillère fédérale: Monsieur le conseiller national Addor, oui, cela va dans le sens de la sécurité de la Suisse, parce qu'il y a en tout temps la possibilité d'entamer une procédure pénale basée sur l'article 260ter. Et il n'y a pas forcément toujours besoin d'inscrire une organisation sur une liste d'organisations interdites, ce qui – je l'ai dit – est bien sûr aussi un acte qui restreint les libertés individuelles.

Mais ce que nous ne voulons certainement pas, et je crois que nous sommes d'accord sur ce point, c'est de nous laisser mettre sous pression par d'autres organisations. On parle ici d'une décision de sanction de la part de l'ONU. Alors, même celle-ci n'est pas contraignante, dans ce cadre, pour la Suisse, parce que nous sommes toujours autonomes. Si vous ajoutez le mot "notamment", vous élargiriez un peu l'éventail.

Vous voudriez en fait augmenter la marge de manoeuvre du Conseil fédéral, mais je crois que ce n'est pas un bon service que vous lui rendriez, parce que cela voudrait dire qu'on devrait peut-être aussi respecter d'autres listes, d'autres interdictions. Or, on ne veut pas que la Suisse soit mise sous pression parce que, dans un certain pays, il y aurait une interdiction qui frapperait une organisation qualifiée comme terroriste, alors que ce serait peut-être un moyen politique pour qualifier une organisation.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Les rapporteurs renoncent à prendre la parole.

Aufhebung und Änderung anderer Erlasse Abrogation et modification d'autres actes

Ziff. I; II Einleitung, Ziff. 1 Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I; II introduction, ch. 1 préambule*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Ziff. II Ziff. 1 Art. 74***Antrag der Mehrheit**Abs. 2, 4, 4bis, 6, 7*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Addor, Cattaneo, de Quattro, Dettling, Fiala, Heimgartner, Hurter Thomas, Riniker, Tuena, Walliser, Zuberbühler)

Abs. 2

Ein Verbot stützt sich insbesondere auf einen ...

Ch. II ch. 1 art. 74*Proposition de la majorité**Al. 2, 4, 4bis, 6, 7*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Addor, Cattaneo, de Quattro, Dettling, Fiala, Heimgartner, Hurter Thomas, Riniker, Tuena, Walliser, Zuberbühler)

Al. 2

L'interdiction se fonde notamment sur une décision ...

*Abstimmung – Vote**(namentlich – nominatif; 18.071/20644)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 73 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Ziff. II Ziff. 3 Art. 24 Titel, Abs. 1 Einleitung; 269 Abs. 2 Bst. a, i; 286 Abs. 2 Bst. a, j; Ziff. 4 Art. 52*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 3 art. 24 titre, al. 1 introduction; 269 al. 2 let. a, i; 286 al. 2 let. a, j; ch. 4 art. 52*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Block 2 – Bloc 2***Strafgesetzbuch**Code pénal*

Porchet Léonore (G, VD): Les Verts poursuivent un objectif clair dans le débat sur cet article 260ter: ne pas mettre en péril notre Etat de droit et ne pas ouvrir la voie, par notre code pénal, à des définitions qui mettraient en danger des fronts de libération, nos libertés, et les organisations internationales.

Nous rencontrons plusieurs problèmes avec le projet de la commission. L'article 260ter ne définit pas clairement la notion d'organisation terroriste. Sans définition de ce qui est, ou de ce qui n'est pas une organisation terroriste, il appartiendrait vraisemblablement au juge d'y faire son appréciation. La responsabilité politique est éloignée des charges juridiques qui incombent à la magistrature. Mais c'est aussi la source d'un climat de flou juridique, qui ne peut qu'être propice aux imprécisions et aux erreurs. Déléguer cette compétence de définition signifie aussi, et surtout, amputer notre compétence de législateur, et affaiblir les compétences démocratiques de l'Assemblée fédérale dans un dossier sensible et hautement politique.

Il n'y a pas de définition toute faite du terrorisme, car il est multiforme et mouvant. Je suis dès lors convaincue que la meilleure solution reste celle d'une liste entretenue par les informations les plus récentes des instances internationales, et notamment de l'ONU, sur les groupements terroristes. Le fruit d'une discussion et de la collaboration entre les Etats, qui luttent ensemble contre ce mal.

Pour revenir au fonctionnement de la liste, nous vous encourageons à maintenir le droit en vigueur, et à soutenir ma proposition de minorité I à l'article 260ter. D'autant plus que cet article, tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral, est, dans son contenu, dangereux, car il peut permettre d'apposer l'étiquette de terroriste à quelqu'un qui ne l'est pas. C'est-à-dire qu'il permet d'inculper quelqu'un qui n'aurait pourtant aucun lien avec l'activité criminelle d'une organisation. Cette formulation, qui se refuse à la précision, ouvre la voie à la spéculation, à un flou disproportionné et complètement injustifié, puisque la Convention du Conseil de l'Europe ne prescrit pas cette définition, ni cette punissabilité.

Rappelons que le renforcement de peine prévu avec ce projet équivaut à passer de cinq ans – dans le droit actuel – à dix ans de réclusion. Passer du simple au double, en gommant les frontières entre personnes agissant à des fins terroristes et personnes étant en contact ou entourant des organisations terroristes, est une décision extravagante. On double ainsi la peine et le nombre de personnes éventuellement éligibles à celle-ci.

C'est pour éviter ce flou supplémentaire que nous vous demandons de reconsidérer l'avis de la commission et de suivre ma minorité II à l'article 260ter alinéas 1 et 2, dont le but est de préciser que serait puni d'une peine privative de liberté celle ou celui qui soutient une organisation dans son activité criminelle. Laissons tranquille le pizzaiolo, le chauffeur, le nettoyeur. Ne devrait être considéré comme criminel que celui qui est effectivement criminel.

Cet article est aussi dangereux car, selon la version actuelle du Conseil fédéral, des organisations humanitaires qui sont parfois amenées à entrer en contact avec des groupes armés et à délivrer des aides aux populations civiles dans les régions contrôlées par ces groupes seraient mises sur la sellette. A ce sujet, nous vous appelons à adopter la proposition de la minorité IV (Fivaz Fabien) à l'alinéa 1 lettre c de façon à ne soumettre aucune activité humanitaire menée par des organisations à des sanctions pénales. Cette exception doit être acceptée, comme il faut aussi rejeter la proposition de la minorité III (Hurter Thomas). Des convois humanitaires sont trop souvent bloqués, arrêtés ou même démantelés. Pourtant leur travail indispensable de promotion de la paix et de préservation du lien social ainsi que, lorsque cela est possible, d'éducation est le meilleur rempart face au terrorisme. Dans cette lutte, chaque bonne volonté est bonne à prendre et la protection face aux sanctions pénales devrait être aussi étendue que possible. Il faut que les ONG soient assurées de pouvoir continuer leur travail. Cette minorité est centrale.

Cet article 260ter est aussi dangereux, car il ne fait aucune différence entre des actes armés ayant pour seul but la déstabilisation d'un Etat et les actes de lutte pour la démocratie. Le Tribunal fédéral vient récemment de décréter que des militants du PKK, le Parti des travailleurs du Kurdistan, ne peuvent être assimilés à une organisation criminelle au sens de l'article 260ter. Une différenciation bienvenue pour les mouvements de libération. Cette décision fait suite à un autre décret du Tribunal fédéral qui a jugé des membres des Tigres tamouls différemment de ce qui se passerait avec le projet de loi qui nous est soumis.

Notre système judiciaire peut ainsi actuellement librement déterminer ce qu'est un acte criminel ou non, ce qui garantit l'Etat de droit.

A titre de comparaison, l'Allemagne, pays qui est d'ailleurs davantage touché par le terrorisme, ainsi que le prouve l'actualité de ce jour aborde, dans son droit pénal, la question du terrorisme par la description du comportement adopté par l'auteur. C'est-à-dire qu'il faut que l'auteur soit fermement décidé à agir pour être considéré comme terroriste. Cette typologie de différenciation est essentielle pour distinguer celles et ceux qui agissent sous contrainte ou dans l'objectif de rétablir un semblant de démocratie de l'image type du terroriste. Ainsi, ma minorité V souhaite préciser le projet de loi, de sorte à s'assurer que cette différenciation puisse être faite. Il s'agit de reprendre mot pour mot l'article 260quinquies du code pénal sur le financement du terrorisme afin d'appliquer la même logique au soutien à des organisations considérées comme terroristes dans leur Etat, mais qui visent en fait à

défendre la démocratie et les droits humains. C'est là encore un autre rempart efficace face au terrorisme.

En conclusion, je vous invite à faire le choix des droits fondamentaux en garantissant le cadre permettant de les respecter.

Hurter Thomas (V, SH): Wir sind bei einem wichtigen Thema bezüglich Terrorismus. Terrorismus heisst auch, dass wir unsere Gesetze immer anpassen müssen und hier eine gewisse Nulltoleranz herrschen muss. Wenn diese Anträge kommen, verstehe ich manchmal nicht, dass man versucht, die Gesetze zu verwässern, auch wenn hier Beispiele gebracht werden, die zeigen, dass es nur um ein paar wenige Fälle geht. Ich glaube, wenn nur ein Fall mit so einem Gesetz verhindert werden kann, dann ist es eben richtig, dass wir die Gesetze so machen.

Ich spreche zu Artikel 260ter, zur Minderheit III (Hurter Thomas). Hier geht es um die Beteiligung an einer terroristischen Organisation, respektive es geht darum, dass die Person bestraft werden kann, wenn sie sich zum Beispiel bei einer Organisation mit verbrecherischen Mitteln beteiligt. Hier möchte die Mehrheit der Kommission, und das hat mich gerade eben auch im Hinblick auf die Sicherheit etwas erstaunt, dass die humanitären Dienste und im Speziellen das Rote Kreuz nicht berücksichtigt werden müssen. Ich glaube, das ist der völlig falsche Weg. Es geht nicht darum, dass man sagt, dass diese Organisationen schlechte Dienste leisten, überhaupt nicht. Aber es geht um die Frage, ob man eine bestimmte Organisation in der Schweiz von einem solchen Gesetz ausschliessen möchte. Es ist unseres Erachtens sogar so, dass das eine Diskriminierung der anderen humanitären Dienste wäre, wenn wir hier eine explizite Nennung des Roten Kreuzes vornehmen. Es gäbe somit eine Zweiklassengesellschaft.

Ein zweites Problem ist, glaube ich, dass es auch in einer solchen Organisation durchaus möglich sein kann – es ist zwar nicht gewünscht, aber es ist möglich –, dass es Personen gibt, die gewisse Sympathien für den Terrorismus haben. Es kann doch nicht sein, dass wir diese Organisationen dann ausschliessen.

Dann wurde in der Kommission von der Frau Bundesrätin auch erwähnt, man kann das auch in den Unterlagen nachlesen, dass zum Beispiel das IKRK am Anfang der Vernehmlassung durchaus einverstanden war, diese Regelung eben so auszugestalten, dass es keine explizite Ausschliessung braucht.

Dann muss man hier vielleicht noch als vierten Punkt erwähnen, dass die humanitäre Hilfe, die regelkonform ist, so oder so von der Strafverfolgung ausgeschlossen ist; also auch hier braucht es keine explizite Nennung.

Dann noch der letzte Punkt, das ist der wichtigste: Es tut mir leid, aber auch Terroristen sind innovative Leute. Wenn wir hier beginnen, gewisse Organisationen auszunehmen, ist das irgendwo auch ein gewisses Schlupfloch. Wie ich am Anfang gesagt habe, dem Terrorismus darf wirklich keine Lücke offen gelassen werden, und es muss eine absolute Nulltoleranz geben.

Deshalb bitte ich Sie, bei Artikel 260ter die Minderheit III zu unterstützen.

Fivaz Fabien (G, NE): Il s'agit, par ma minorité IV, de s'assurer que les organisations humanitaires ne puissent pas être poursuivies lorsqu'elles apportent un soutien à des organisations dont les activités sont considérées comme criminelles ou terroristes. Plus précisément, il existe un risque que les personnes qui s'engagent sur le terrain dans des conditions parfois difficiles dans le cadre d'organisations humanitaires soient poursuivies lors de leur retour en Suisse.

Dans le cadre de leurs activités, par exemple durant des conflits armés, les organisations humanitaires sont appelées à être en contact avec des groupes criminels ou terroristes dans le but de délivrer de l'aide aux populations civiles dans les territoires contrôlés. Ces soutiens vont parfois plus loin, par exemple la fourniture de soins médicaux ou la formation des groupes pour faire respecter le droit international.

La formulation que je défends a été partiellement reprise par la commission. Cette proposition est pourtant, à notre avis,

trop restrictive. Elle ne permet pas d'offrir une protection suffisante. Notre solution, dont la formulation est plus souple, offre une meilleure sécurité du droit aux organisations et à leurs employés. C'est dans ce sens aussi que nous avons été interpellés par plusieurs organisations humanitaires ces derniers jours.

A noter encore que le CICR a demandé cette exception dans le cadre de sa réponse à la consultation. La citation de l'organisation susmentionnée dans la version de la majorité de la commission est d'ailleurs, à notre avis, problématique. Le CICR jouit d'une immunité assez étendue, ce qui n'est en revanche pas le cas pour de nombreuses autres ONG. Notre pays est fier de son action humanitaire dans le monde. Comme dépositaire des conventions de Genève, il est évident qu'il ne doit pas limiter l'action des organisations humanitaires.

Je vous remercie de soutenir notre proposition de minorité.

Addor Jean-Luc (V, VS): Ma proposition de minorité VI consiste à ajouter un sixième alinéa à l'article 260ter du code pénal. Ainsi, je ne fais rien d'autre que de relayer simplement les préoccupations de la Conférence des procureurs de Suisse, c'est-à-dire des magistrats qui, sur le terrain, sont engagés dans l'application des dispositions sur lesquelles nous nous prononçons et dans la poursuite des infractions, notamment celles liées aux organisations criminelles ou au terrorisme.

Pour l'instant, l'article 260ter, dans sa formulation actuelle, ne concerne que les organisations criminelles, mais il est question d'élargir son champ d'application aux organisations terroristes. Pour l'instant, cette disposition n'est retenue en général qu'à titre subsidiaire. Cela signifie que dès l'instant où l'auteur, en plus d'une infraction à l'article 260ter, a commis d'autres infractions correspondant à d'autres chapitres du code pénal – assassinat, incendie intentionnel, etc. –, l'article 260ter n'est dans ce cas pas retenu.

Si on considère la systématique de la loi, on constate que divers chapitres du code pénal correspondent chacun à des biens juridiquement protégés qui sont distincts: la vie, l'intégrité corporelle ou encore la liberté. L'article 260ter, dont nous parlons entre autres maintenant, se trouve dans un chapitre différent, qui regroupe des infractions contre la paix publique. Or, généralement, quand on a affaire à des infractions dans divers domaines, c'est le principe dit du concours qui s'applique, conformément à l'article 49 du code pénal, qui permet à certaines conditions d'aggraver la peine.

Ma proposition vise donc à adapter la loi dans ce sens. Son objectif est d'éviter la conséquence à laquelle on aboutit avec la subsidiarité dont j'ai parlé, à savoir que si l'on applique le système tel qu'il est interprété aujourd'hui, on arrive à une forme de traitement privilégié, presque de traitement de faveur pour les terroristes.

Or l'objectif de cette réforme, et celui en particulier du groupe UDC, c'est de donner à la justice et aux autorités de poursuite pénale des moyens de lutter vraiment contre le terrorisme, avec toute la rigueur qui s'impose.

Si vous aussi vous estimez qu'il est de notre devoir de donner à notre justice les moyens de punir les terroristes comme ils le méritent, c'est-à-dire sévèrement, alors je vous prie de suivre ma minorité.

Marti Min Li (S, ZH): Bei den gestellten Anträgen zu Artikel 28a StGB und den dazugehörigen Anträgen zu den Artikeln 172 StGB sowie 27a MStG geht es um den Quellenschutz. Der Quellenschutz ist für die journalistische Arbeit essenziell. Der Quellenschutz ermöglicht es Journalistinnen und Journalisten, an Informationen zu gelangen, an die sie sonst nicht gelangen können, weil sie sonst nicht verfügbar wären. Sie können dank dem Quellenschutz Missstände aufdecken und an die Öffentlichkeit bringen, ohne dass sie die Identität des Informanten oder der Informantin preisgeben müssen. Sie können so die Informantinnen und Informanten vor Repressionen schützen. Aus diesem Grund ist der Quellenschutz in der Verfassung als Grundrecht verankert. Nur ein guter Quellenschutz ermöglicht einen freien Journalismus, und nur ein guter Quellenschutz ermöglicht damit auch eine funktionie-

rende Demokratie. Es ist in unserem Interesse, diesen kritischen Journalismus zu ermöglichen.

Die Frage der Aufhebung des Quellenschutzes ist immer wieder eine Ursache für Konflikte zwischen Strafverfolgungsbehörden und Journalistinnen und Journalisten. Er ist für die Strafverfolgungsbehörden zuweilen lästig. Es gab schon Fälle, z. B. als Polizisten den Computer eines Journalisten des "Le Matin" beschlagnahmt haben, um die Identität eines Mitarbeiters der Universität Neuenburg herauszufinden, der auf Plagiate aufmerksam gemacht hatte. Das ist insofern problematisch, als der Quellenschutz nur dann aufgehoben werden soll, wenn wirklich eine gravierende Straftat vorliegt.

Wir haben jetzt hier eine Aufweichung des Quellenschutzes, über den wir ja auch bei zwei Artikeln später noch diskutieren werden bzw. schon diskutiert haben, wie bei Artikel 260ter, wo wir eine Aufweichung der Definition des Terrorismus und auch eine Ausdehnung und Ausweitung der Form von terroristischer Unterstützung haben, sowie in Artikel 260sexies, wo wir eine Verlagerung ins Vorfeld einer Vorbereitung haben. Wenn wir diese Bestimmungen beim Quellenschutz auch als Ausnahmen hereinnehmen, dann ist das eine klare Einschränkung des Quellenschutzes, und es wird gewisse Presseartikel, gewisse Recherchen verunmöglichen. Ich glaube, wir haben als Gesetzgeber nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die verfassungsmässigen Grundrechte zu schützen.

Der Antrag meiner Minderheit zu Artikel 102, hier kann ich es ein wenig kürzer machen, ist ein Folgeantrag zu den Minderheitsanträgen zu Artikel 260sexies, die meine Kollegin Priska Seiler Graf begründen wird. Unserer Meinung nach ist es nur konsequent, wenn wir es so belassen, dass Artikel 260sexies auch bei Artikel 102 aufgeführt wird. Hier geht es um juristische Personen, und es ist eigentlich nicht einsichtig, warum Artikel 260sexies nicht auch da gelten sollte.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, die Minderheiten Marti Min Li zu unterstützen.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Bei diesem Artikel geht es um die Schaffung einer neuen Strafbestimmung gegen Anwerbung, Ausbildung und Reisen im Hinblick auf eine terroristische Straftat. Dagegen ist ja grundsätzlich nichts einzuwenden. Das Problem, das sich hier aber stellt, ist die Vorverlagerung der Strafbarkeit. Es ist rechtsstaatlich äusserst schwierig, wenn man für eine Tat bestraft wird, bei der man nur mutmassen kann, ob sie überhaupt je begangen worden wäre. Wir befinden uns hier definitiv im Gesinnungsstrafrecht, und damit habe ich Mühe. Das geltende schweizerische Recht erfasst entsprechende Verhaltensweisen nämlich weitgehend schon. Man könnte diese auch ergänzen und anpassen. Das finde nicht ich so, ich bin ja keine Juristin, sondern das sagen zum Beispiel Lorenz Erni vom Anwaltsverband oder auch diverse Strafrechtsprofessoren.

Die Vorverlagerung ist aus rechtsstaatlicher Sicht kaum zu rechtfertigen, da sie zwingend zu Problemen mit den Grundrechten führt. Zudem habe ich Zweifel, ob das Strafrecht auch wirklich das geeignete Mittel ist, um Terrorismus wirkungsvoll bekämpfen zu können, da es ausschliesslich repressiv angewendet werden kann. Potenzielle Terroristen lassen sich auch kaum von den hohen Strafen in der Schweiz von ihrer Tat abbringen. Das Strafrecht beantwortet zum Beispiel auch nicht die Frage, wie verhindert werden kann, dass junge Menschen überhaupt Reisen für eine terroristische Straftat machen.

Zielführender wäre, im präventiven Bereich tätig zu sein und die Ursachen zu bekämpfen. Dafür gibt es ja den Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus. Das ist auch richtig so. Der Staat darf Terrorismus nicht bekämpfen, indem er an den Grundrechten eines Rechtsstaates rüttelt. Das halte ich ehrlich gesagt für eine sehr gefährliche Entwicklung.

Ich bitte Sie darum, Artikel 260sexies StGB zu streichen, auch wenn oder gerade weil dieser Artikel ein Kernstück des Übereinkommens ist.

Walliser Bruno (V, ZH): In Block 2 bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Anträge der Minderheiten I (Porchet), II

(Porchet), IV (Fivaz Fabien) und V (Porchet) zu Artikel 260ter abzulehnen, welche nur ein Ziel verfolgen, nämlich, dieser Vorlage die Zähne zu ziehen und sie damit zu Makulatur werden zu lassen. Wer sich an einer Organisation beteiligt, die den Zweck verfolgt, Gewaltverbrechen zu begehen oder sich mit verbrecherischen Mitteln zu bereichern, soll mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren oder einer Geldstrafe bestraft werden können.

Indes bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Minderheit III (Hurter Thomas) zu unterstützen und gemäss Ständerat Litera c zu streichen. Es gibt absolut keine Garantie, dass nicht auch humanitäre Organisationen durch Schläfer oder kriminelle Organisationen unterwandert werden könnten, im Gegenteil: Wenn wir hier eine Ausnahme zulassen, laden wir gerade dazu ein, dass sich solche kriminellen Organisationen einnisten und einschleusen werden mit der Aussicht, sich einer Strafverfolgung entziehen zu können.

Im Weiteren bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, auch die Minderheit VI (Addor) zu unterstützen.

Marti Min Li (S, ZH): Ich gebe Ihnen noch die Haltung der SP-Fraktion zu den Anträgen bei Artikel 260ter bekannt. Das ist einer der wesentlichen Artikel in dieser Vorlage. Darin zeigen sich auch verschiedene grundsätzliche Probleme.

Es geht dabei im Wesentlichen um zwei Fragen. Die erste Frage betrifft die Frage der Definition von terroristischen Gruppen. Gerade wir Schweizerinnen und Schweizer müssen uns bewusst sein, dass die Abgrenzung zwischen Terroristen und Freiheitskämpfern nicht ganz so einfach und zuweilen auch eine politische Frage ist. War Wilhelm Tell ein Freiheitskämpfer oder ein Terrorist? Habsburger würden das wohl anders beantworten, als das vielleicht gerade jene tun, die jetzt den Terrorismus besonders hart bekämpfen. Dieses Dilemma haben wir auch heute noch, wenn wir z. B. an die Kurden in Syrien denken, die gegen den IS kämpfen. Bis anhin verfolgt die Schweiz eine relativ zurückhaltende Praxis. Frau Bundesrätin Keller-Sutter hat das beim vorherigen Block sehr gut ausgeführt, sodass ich nicht weiter wiederholen muss, dass es vielleicht tatsächlich sinnvoll ist, sich an eine Liste des Sicherheitsrates zu halten. Es ist eigentlich nicht ganz klar, warum man hier bei der Unterstützung quasi die Definition an die Gerichte delegieren will, wenn man doch eigentlich im Nachrichtendienstgesetz eine klare Definition hat.

Die zweite Frage – und diese ist auch nicht unwesentlich – dreht sich darum, in welcher Absicht eine Tat begangen wird. In der bisherigen Fassung ging es um organisierte Kriminalität. Darin ist explizit von der Unterstützung einer verbrecherischen Tätigkeit die Rede. In der Kommission gab es dann das Beispiel der Pizzeria, die die Mafia zwecks Geldwäscherei betreibt. Nun wissen wir alle: Geldwäscherei ist strafbar. Aber gilt das auch für den Pizzaiolo, der dort Pizza bäckt, oder die Servicefachangestellte, die die Pizza serviert? Uns wurde in der Kommission dann gesagt, nein, diese seien natürlich nicht gemeint. Dann stellt sich aber einfach die Frage, warum man dann unbedingt das Attribut "verbrecherisch" streichen will. Die Antwort darauf war, dass die Staatsanwaltschaft das halt wolle und ihr dies das Leben leichter machen solle. Es ist nun mal nicht unsere Aufgabe, der Staatsanwaltschaft das Leben zu erleichtern, sondern wir müssen für Waffengleichheit sorgen. Das ist eine der zentralen Bedingungen.

Es manifestiert sich hier ein wenig die Hilflosigkeit, die wir auch bei der Bekämpfung von Terrorismus manchmal haben. Wir markieren symbolische Härte, von der eigentlich klar ist, dass sie nicht real zu einer Wirkung kommen wird. Jeder weiss das, es werden sich weder verwirrte Einzeltäter noch hartgesottene Ideologen von der Diskussion um Strafrechtsbestimmungen wirklich abhalten lassen. Uns sollte aber bewusst sein: Die wirksamste Prävention gegen den Terrorismus sind ein funktionierender Rechtsstaat und die Grundrechte, die wir hier verteidigen sollten, denn das sind Prinzipien, die wir wirklich verteidigen sollten.

Candinas Martin (M-CEB, GR): Um es gerade vorwegzunehmen: Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP wird in die-

sem Block mehrheitlich alle Minderheitsanträge ablehnen und dem Ständerat folgen.

Bei Artikel 260ter hat der Ständerat das Strafmass für Personen, die sich an einer kriminellen oder terroristischen Organisation beteiligen oder eine solche Organisation in ihrer Tätigkeit unterstützen, erhöht. Die Freiheitsstrafe soll bis zu zehn Jahre betragen. Der Entwurf des Bundesrates sieht ein unterschiedliches Strafmass von fünf bzw. zehn Jahren vor. Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP teilt die Ansicht des Ständerates, dass diese Unterscheidung bei der Auslegung zu Unklarheiten führen würde. Es ist richtig, dass schon die blosse Beteiligung an einer kriminellen oder terroristischen Organisation sowie deren Unterstützung strafbar ist. Die Anträge der Minderheiten I (Porchet) und II (Porchet), die eine Abschwächung des Strafmasses zum Ziel haben, sind daher abzulehnen.

Die Minderheit III (Hurter Thomas) will die in meinem Eintretensvotum erwähnte Bestimmung, dass humanitäre Dienste von dieser Regelung ausgenommen sind, streichen. Der Antrag für diese Bestimmung wurde von der Mitte-Delegation eingebracht. In der Kommission hatten wir Anhörungen, und einer der eingeladenen Gäste war Marco Sassoli, Professor an der Rechtsfakultät der Universität Genf. Er machte uns vor allem auf diesen Punkt aufmerksam und plädierte dafür, dass im Gesetz ausdrücklich erwähnt werden sollte, dass die humanitären Organisationen davon ausgenommen sind. Dieses Anliegen teilt die Kommissionsmehrheit. Natürlich sind sich alle einig, dass solche Tätigkeiten nicht bestraft werden sollen; aber sie fallen unter den vorgeschlagenen Text. Vergessen wir nicht: Im Rechtsstaat sollte der Gesetzgeber und nicht die Richter entscheiden, was strafbar ist, und das legen wir hier fest. Damit die humanitären Dienste nicht von einer beliebigen Organisation auch missbräuchlich erbracht werden können, haben wir sie sehr eng eingeschränkt: "[...] die von einer unparteiischen humanitären Organisation, wie dem Internationalen Roten Kreuz, in Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Artikel 3 der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 erbracht werden." Damit ist eigentlich nur das IKRK gemeint. Für das internationale Genf ist dies wichtig.

Ich bitte Sie, die Minderheit III (Hurter Thomas), die nichts regeln will, und die Minderheit IV (Fivaz Fabien), die den Begriff der humanitären Organisationen viel grosszügiger auslegen will, abzulehnen und der goldenen Mitte, sprich der Mehrheit, zu folgen.

Bei Artikel 160sexies unterstützt die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP die vom Bundesrat vorgeschlagene Einführung einer neuen Strafbestimmung, welche die Handlungen im Vorfeld einer geplanten terroristischen Handlung – die Anwerbung, die Ausbildung sowie das Reisen für terroristische Zwecke und entsprechende Unterstützungshandlungen – unter Strafe stellt. Dies stellte bisher eine Lücke bei der Terrorbekämpfung dar, die so geschlossen werden kann. Dieser Artikel schafft Klarheit und gibt mehr Spielraum, das Problem der Anwerbung und Ausbildung an der Wurzel zu packen.

Wie bereits erwähnt, wird die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP die Minderheitsanträge ablehnen und der Mehrheit folgen. Ich bitte Sie, dasselbe zu tun.

Addor Jean-Luc (V, VS): Cher collègue, j'aimerais vous poser une petite question concernant ce qu'on pourrait appeler l'exception CICR. Vous savez qu'il est question qu'elle profite non seulement au CICR, mais aussi à des organismes humanitaires impartiaux. Qu'est-ce qu'un organisme humanitaire impartial? Qui décidera de cette impartialité? Et sur la base de quels critères?

Candinas Martin (M-CEB, GR): Es geht um die humanitären Organisationen. Sie wissen, Herr Addor, wir haben in der Kommission lange darüber gesprochen. Wer soll dann nicht erfasst sein? In der Botschaft, das wird die Frau Bundesrätin auch noch sagen, steht ja drin, dass die humanitären Organisationen eigentlich damit nicht gemeint sind, und bisher wurde ja auch noch nie irgendwo eine humanitäre Organisation bestraft.

Wir sind einfach der Meinung, dass dazu auch etwas im Gesetz stehen muss, nicht nur in der Botschaft. Darum haben wir die humanitären Organisationen, die Auslegung der humanitären Organisationen, an die Genfer Abkommen geknüpft. Es sind über 120 Länder, die diese Abkommen ratifiziert haben, damit wirklich nicht jede Organisation kommen und sagen kann: Ich bin übrigens auch noch eine humanitäre Organisation und kann machen, was ich will. Das ist unseres Erachtens wichtig. Namentlich ist im Genfer Abkommen das IKRK erwähnt.

Wie uns Herr Professor Sassoli in der Kommission auch gesagt hat, müssen wir auch schauen, dass die Zivilbevölkerung weiterhin die humanitäre Hilfe bekommt, die sie auch verdient, wenn sie nichts gegen eine Situation tun kann, und es kann nicht sein, dass humanitäre Organisationen wie das IKRK ihre Aufgabe, die Zivilbevölkerung zu versorgen, nicht mehr wahr nehmen können.

Riniker Maja (RL, AG): Wir erleben hier eigentlich wieder eine ausführliche Kommissionsdebatte mit verschiedensten Meinungen zu den Minderheiten, die hier noch begründet werden. Ich mache es kurz und nehme es vorweg: Wir von der FDP-Liberalen Fraktion lehnen, mit einer Ausnahme, alle Minderheitsanträge ab und folgen der Mehrheit, sprich dem Bundesrat und/oder dem Ständerat.

Wir sind klar der Meinung, dass bei Artikel 260ter Absatz 1 die Freiheitsstrafe auf zehn Jahre zu erweitern ist. Das ist ein sinnvoller Vorschlag. Wir unterstützen diesen, weil wir der Meinung sind, dass wir das Strafmass auf zehn Jahre erweitern dürfen, wenn es um Personen geht, die innerhalb einer kriminellen oder terroristischen Organisation ihren Einfluss ausüben oder eine terroristische Organisation unterstützen. Weiter beurteilen wir den breit diskutierten Absatz 1 Buchstabe c von Artikel 260ter wie folgt: Wie ich schon gesagt habe, unterstützen wir auch hier den Beschluss des Ständerates. Es ist so, dass wir dem Bundesrat glauben, dass wir hier im Gesetz keine Ausnahme machen müssen und es nicht die korrekte Stelle ist, um eine Institution explizit beim Namen zu nennen, die wir vom Geltungsbereich des Gesetzes ausnehmen wollen. Wir sind auch der Meinung, dass die Tatsache, dass es international und auch national kein bekanntes Verfahren gibt, das je gegen eine Organisation angestrebt wurde, als Grund ausreicht, um hier diese Ausnahme jetzt nicht machen zu müssen. Wir werden somit dem Antrag der Minderheit, wie vorhin von Herrn Nationalrat Candinas im Namen der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP begründet, nicht zustimmen können.

Ich habe noch eine kurze Ausführung zu Artikel 260sexies zu machen. Für uns ist diese Bestimmung eines der Kernelemente dieser Vorlage. Es ist uns sehr wichtig, dass eben genau im Vorfeld geplante terroristische Handlungen nun explizit im Gesetz erwähnt werden. Wir unterstützen diesen Artikel der Vorlage absolut.

Wie gesagt, wir folgen mit einer Ausnahme überall der Mehrheit und damit dem Bundesrat und/oder Ständerat. Die Ausnahme betrifft Artikel Absatz 1 Buchstabe c: Hier gehen wir mit der Minderheit III (Hurter Thomas) einig und folgen ihr. Besten Dank, dass Sie uns unterstützen werden.

Flach Beat (GL, AG): Als am 22. Juli 1209 die Stadt Béziers von den Kreuzrittern eingenommen wurde, tauchte die Frage auf, was mit den Menschen in der Stadt zu tun sei, die zum rechten Glauben konvertiert hatten. Die Antwort an den Heerleiter war: Tötet sie alle, Gott kennt die Seinen. Das ist Nulltoleranz. Das ist Nulltoleranz in der Definition, wer Feind ist und wer nicht. So können wir das Strafrecht nicht machen, denn wir befinden uns hier im Strafrecht. In Artikel 260ter folgt die grünliberale Fraktion klar der Mehrheit der Kommission. Jetzt wurde vorhin die ganze Zeit ausgeführt, dass man irgendwelche Organisationen nicht angezeigt habe, dass diese noch nie Probleme gehabt hätten oder so. Aber hier geht es nicht um Organisationen. Wir befinden uns im Strafrecht für natürliche Personen, die sich an einer kriminellen oder terroristischen Organisation beteiligen. Diese sollen selbstverständlich unter Strafe stehen, da gibt es überhaupt kein Wenn und Aber. Aber was gehört alles dazu? Was ist beispielsweise

se, wenn man für eine Organisation humanitär hilft? Was wäre damals gewesen, wenn Samariter, die bei den Kreuzrittern auch dabei waren, den Menschen in Béziers geholfen, sie unterstützt und gepflegt hätten? Wären sie dann auch strafbar geworden? Ich muss Ihnen sagen: nach der Minderheit III (Hurter Thomas) ja, nach der Mehrheit vermutlich nicht.

Es geht auch nicht darum, ob wir hier einen Sonderstatus für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz schaffen. Das ist nur eine Erwähnung einer Organisation, die übrigens in der Schweiz gegründet wurde und die sich genau dieser Situation angenommen hat, nämlich in Kriegsgebieten, wo Parteien gegeneinander kämpfen und Schreckliches passiert, hinzugehen und den Verwundeten zu helfen, und zwar unabhängig davon, welche Uniform sie tragen.

Darum ist es wichtig und für die Schweiz von grosser Bedeutung, dass wir hier Klarheit schaffen. Personen, die für das IKRK oder vielleicht auch für andere Organisationen irgendwo arbeiten, gehören nicht dazu – es sei denn natürlich, sie unterstützen die terroristische und kriminelle Tätigkeit.

Bei Artikel 260sexies unterstützen wir die Minderheit II (Marti Min Li). Man kann die Vorbereitung einer kriminellen Tat schon unter Strafe stellen. Das tun wir heute schon. Das ist heute schon im Strafgesetzbuch so festgehalten. Die Vorbereitungstat ist bei gewissen Straftaten bereits strafbar. Die Vorbereitung der Vorbereitung der Vorbereitung und darüber zu berichten, dass es so eine Vorbereitung der Vorbereitung gibt, aber auch schon unter Strafe zu stellen respektive dort den Schutz der vierten Gewalt im Lande, der Presse und der Medien, auszuhebeln, mit der Begründung, man würde dann mehr Sicherheit schaffen, das kratzt an den Grundrechten unseres liberalen Staates. Überladen wir das Fuder nicht. Die Medien erfüllen eine wichtige Aufgabe. Überall dort, wo Leib und Leben gefährdet sind, wo eine direkte, konkrete Gefahr besteht, kann sich auch ein Journalist oder eine Journalistin nicht auf den Quellenschutz berufen. Es braucht dort keine weitergehende Aufweichung dieses minimalen Schutzes, den wir haben. Sonst reicht ein Blick ins Ausland, in Länder, die überhaupt keinen Presseschutz kennen, um festzustellen, was das letztlich für einen Rechtsstaat bedeuten kann, für die freie Presse und die dringend notwendige Berichterstattung über alle Seiten und alle Facetten von Konflikten und Problemen in der Gesellschaft und ausserhalb der Gesellschaft, wie wir sie kennen.

Marti Min Li (S, ZH): Geschätzter Herr Kollege Flach, ich habe eine Frage. Es gibt bei Artikel 260quinquies, bei dem es um die Finanzierung des Terrorismus geht, eine Ausnahmebestimmung. Es wird eine Ausnahme für Taten gemacht, wenn sie die Einführung oder Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bezwecken oder die Wahrung und Ausübung der Menschenrechte ermöglichen. Können Sie mir erklären, warum diese Ausnahmebestimmung für Artikel 260quinquies bestehen soll, für Artikel 260ter aber nicht?

Flach Beat (GL, AG): Besten Dank für diese Frage, Frau Marti. Das ist tatsächlich eine gute Frage. Wir nähern uns vielleicht hier auch der Problematik dieser Formulierungen und dessen, was noch dazu zählt und was nicht, und dann noch der Verquickung mit der realen Wirtschaft. Letztlich geht es um die Strafbarkeit für Taten, die in ihrem Effekt dazu führen, ein Verbrechen entweder zu begehen, zu unterstützen oder es mindestens aktiv nicht zu verhindern. Wo man den Schnitt dann tatsächlich macht, ist extrem schwierig; ich habe es anfänglich mit meinem Zitat erklärt, es gibt hier nicht Schwarz und Weiss. Die Problematik werden wir niemals ganz lösen können. Die Realität hat uns wahrscheinlich längst eingeholt.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich äussere mich zuerst zum Blockteil betreffend Artikel 260ter StGB.

Ich schicke voraus: Der Bundesrat schliesst sich beim Strafmass der Mehrheit Ihrer Kommission und dem Ständerat an. Ich schicke weiter voraus, dass der Bundesrat bei Artikel 260ter alle Minderheiten ablehnt, mit Ausnahme der Minder-

heit Hurter Thomas, die auch der Fassung des Bundesrates entspricht; diese Minderheit unterstützt der Bundesrat.

Erlauben Sie mir, Frau Präsidentin, zuerst zum Blockteil zu Artikel 260ter und nachher zum Blockteil zu Artikel 260sexies zu sprechen. Ich bitte Sie um etwas Geduld, da ich zuhänden der Materialien zu den verschiedenen Minderheiten auch etwas sagen möchte.

Es geht zunächst um die vorgeschlagene Änderung in Artikel 260ter, um die Streichung von "verbrecherisch". Ich habe es bereits im Eintretensvotum gesagt: Der Bundesrat ist hier einer Forderung der Praktiker und Kantone entgegengekommen, damit Artikel 260ter StGB in seiner Anwendung und Beweisführung verbessert werden kann. Nach geltendem Recht macht sich strafbar, wer die kriminelle Organisation in ihrer verbrecherischen Tätigkeit unterstützt. Dieser Wortlaut birgt die Gefahr einer Fehlinterpretation, wie es beispielsweise die letzte Länderprüfung der Gafi gezeigt hat. Gleichzeitig zeigen uns die Gerichtsurteile, dass der Unterstützungsbegriff regelmässig weit ausgelegt wird. Strafbar macht sich bereits, wer durch seine Unterstützung oder Beteiligung das Gefährdungspotenzial der Organisation erhöht. Dem Kriterium der verbrecherischen Tätigkeit kommt dabei kaum eine eigenständige Bedeutung zu.

Der Bundesrat schlägt deshalb vor, den Ausdruck "verbrecherisch" im Gesetzestext zu streichen. Strafbar macht sich somit, wer einen bewussten Beitrag zur Stärkung des Gefährdungspotenzials der Organisation leistet.

Damit komme ich zu den erwähnten Beispielen, die ich gehört habe, zur Putzfrau oder zum Taxifahrer, die für die Mitglieder der Organisation Dienstleistungen erbringen. Machen sich diese strafbar? Die Antwort hier ist klar: Ist der Person der kriminelle Charakter der Organisation nicht bekannt, bleibt sie straffrei. Wenn Sie in einem Restaurant putzen, wo Geld gewaschen wird, und das nicht wissen, dann werden Sie nicht dafür bestraft. Es fehlt der Putzfrau oder dem Taxifahrer schlicht und einfach der strafrechtliche Vorsatz.

Wer aber vorsätzlich die kriminelle Organisation in ihrer Gefährlichkeit stärkt, soll dafür strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Es gibt hier auch Bundesgerichtsurteile, beispielsweise jenes zur Finanzierung der Tamil Tigers. Hier ist es zu einem Freispruch gekommen, da die verbrecherische Tätigkeit im Ausland nicht nachgewiesen werden konnte. Eine ähnliche Situation hätten wir mit Dschihad-Rückkehrern, die allesamt immer wieder behaupten, sie hätten nur in der Logistik oder in der Küche gearbeitet.

Ich bitte Sie hier, die Minderheit II (Porchet) abzulehnen.

Im Rahmen der bisherigen Beratungen wurde die Befürchtung geäussert, dass die Streichung des Begriffs "verbrecherisch" zu einer Einschränkung der Tätigkeit von humanitären Organisationen führe. Dem ist nicht so. Der Bundesrat führt es in seiner Botschaft klar aus, und ich möchte es an dieser Stelle nochmals wiederholen; Herr Nationalrat Candinas hat ja bereits angekündigt, dass ich sicherlich noch einmal darauf zu sprechen kommen werde: Die neutrale und unabhängige Hilfe an die Opfer von Konflikten bleibt straflos. Ich wiederhole: Die neutrale und unabhängige Hilfe an die Opfer von Konflikten bleibt straflos. Auch das IKRK hat sich damit einverstanden erklärt. Dies ist und bleibt dem Bundesrat ein zentrales Anliegen, und die Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung von 2015 sagt es klar: Die humanitäre Hilfe und Tradition unseres Landes bleiben von der Terrorismusbekämpfung unangetastet. Der Gesetzestext und die Gerichtspraxis bestätigen dies; es gibt in der Praxis keine Fälle von Verurteilungen oder von Strafuntersuchungen im Zusammenhang mit humanitären Aktivitäten.

Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, dass eine Ausnahmeklausel, wie sie nun vorgeschlagen wird, die einzelfallweise gerichtliche Beurteilung jedoch verunmöglicht. Es kann durchaus jemand in einer humanitären Organisation tätig sein, der ganz andere Absichten verfolgt. Es kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden, dass innerhalb einer humanitären Organisation – es gibt ja nicht nur das IKRK, Herr Addor hat das erwähnt – Handlungen ausgeführt werden, die dem humanitären Zweck widersprechen. Es kann immer Mitarbeiter geben, die den internen Vorschriften zuwiderhandeln.

Dann zur Frage "Ausschluss der Strafbarkeit bei Handlungen zugunsten von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten": Die Minderheit V (Porchet) schlägt vor, dass der Einsatz von Gewalt niemals Terrorismus ist und nicht bestraft wird, wenn damit die Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte oder Demokratie gefördert werden sollen. Der Bundesrat hat sich dieser Auffassung bewusst nicht angeschlossen. Richtet sich eine Gewalttat, zum Beispiel ein Selbstmordattentat auf einem Markt, gegen Zivilisten, Frauen und Kinder, so besteht nach Auffassung des Bundesrates kein Spielraum. Ein solcher Gewaltakt ist ein terroristischer Akt und darf nicht von der Bestrafung als Terrorismus ausgenommen werden. Ich bitte Sie also, hier der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen.

Dann zur Frage der Einführung von Listen im Strafgesetzbuch: Es ist aus den bisherigen Beratungen klar hervorgegangen, dass es keine eindeutige völkerrechtliche Definition von Terrorismus gibt. Der Grund hierfür liegt in weltpolitischen Differenzen. Kann ein Staat ein Terrorist sein? Und was unterscheidet den Freiheitskämpfer vom Terroristen? Diese Zweideutigkeit darf die Staaten aber nicht davon abhalten, ihre nationalen Definitionen zu finden, und dies hat die Schweiz im Bereich des Strafrechts bereits getan. Als Terrorismus gilt – ich verweise auf den geltenden Straftatbestand gegen die Terrorismusfinanzierung – ein Gewaltverbrechen, mit dem die Bevölkerung eingeschüchtert oder ein Staat genötigt werden soll. Diese Definition hat sich als gute Grundlage für unsere Gerichtspraxis wie auch für die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrors erwiesen. Eine unterschiedliche Auslegung in den Kantonen besteht nicht, weil dafür ohnehin die Bundesanwaltschaft zuständig ist. Die Schweiz hat auch stets davon abgesehen, sogenannte Terrorlisten über Personen oder Organisationen zu führen; ich habe das hier bereits ausgeführt.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit I (Porchet) abzulehnen.

Nun zur Frage der spezifischen Konkurrenzregelung im Gesetz: Der Antrag der Minderheit VI (Addor) schlägt vor, dass eine spezifische Konkurrenzregelung ins Gesetz aufgenommen werden soll. Ich möchte Sie bitten, diesen Minderheitsantrag ebenfalls abzulehnen: Wir haben im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuchs bereits eine Konkurrenzregel, und es ist nicht nötig, eine solche Konkurrenzregel auch bei einzelnen Straftatbeständen einzuführen.

Ich komme nun zu Artikel 260sexies. Hier bitte ich Sie, alle Minderheitsanträge abzulehnen.

Ganz wichtig ist sicherlich der Antrag der Minderheit I (Seiler Graf), der verlangt, dass Artikel 260sexies gänzlich gestrichen wird. Ich habe bereits darauf hingewiesen: Artikel 260sexies ist der zentrale Pfeiler des Europaratsübereinkommens. Das Verhindern von Anwerbung, Ausbildung und Reisen für terroristische Zwecke stellt den eigentlichen Kern dieses Zusatzprotokolls dar. Anlässlich der Hearings wurde durch die Strafverfolger darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, eindeutig zu erkennen, was strafbar ist und was legal bleibt. Strafrecht soll transparent sein, und es soll die roten Linien klar aufzeigen.

Gemäss geltendem Recht hängt die Strafbarkeit von der Existenz einer entsprechenden Organisation ab. Strafbar macht sich, wer eine kriminelle oder terroristische Organisation unterstützt oder sich an ihr beteiligt. Strafbar macht sich diejenige Person, die z. B. zugunsten von Al-Kaida oder IS handelt. Neu wird die Strafbarkeit unabhängig vom Bestehen einer Organisation eingeführt. Strafbar macht sich, wer z. B. via soziale Medien oder Chats eine Instruktion oder eine Anleitung in Hinblick auf einen Terroranschlag gibt, ohne dass eine Organisation im Hintergrund steht. Anschläge durch Einzeltäter, wie sie z. B. in Deutschland oder Neuseeland geschehen sind, haben mit verbotenen Organisationen unter Umständen eben nichts zu tun. Wir müssen bereits im Vorfeld solcher Attentate sicherstellen können, dass Handlungen wie Instruktionen oder Anwerbung ebenfalls strafbar sind. Dies stellt der neue Artikel 260sexies sicher.

Eine Streichung dieser Bestimmung würde zu einer empfindlichen Schwächung des Strafrechts führen. Die Handlungen gemäss der neuen Strafbestimmung sind konkret, sie sind

real, sie führen zu Terroranschlägen und anderen schweren Verbrechen; das ist unbestritten. Das will die internationale Staatengemeinschaft, die Schweiz in ihrer Mitte, verhindern. Artikel 260sexies StGB ist ein wichtiger Teil dieser internationalen Strategie.

Ich bitte Sie also, den Antrag der Minderheit I (Seiler Graf) abzulehnen.

Von Frau Seiler Graf wurde auch die Frage aufgeworfen, ob wir mit der neuen Strafbestimmung zu weit gehen würden, also in ein sogenanntes Vorfeld hinein. Die Antwort des Bundesrates hierzu ist ein klares Nein. Die Bestimmung hat nämlich genau abgesteckte Grenzen, damit die Strafbarkeit nicht zu weit führt. Wir verzichten bewusst darauf, die passive Seite der Anwerbung, das Sich-anwerben-Lassen, unter Strafe zu stellen. Das Angeworbenwerden ist häufig ein mentaler Entschluss. Es ist hier deshalb nicht von einem Gesinnungsstrafrecht zu sprechen. Beginnt der Angeworbene in der Folge dann aber mit der Vorbereitung einer Straftat, setzt also seine Ideen in die Tat um oder macht sich mit der Unterstützung einer verbotenen Organisation strafbar, dann ist es so, dass das schweizerische Strafrecht das nicht toleriert.

Ein anderer Bereich, in welchem das Strafrecht aus Gründen der Verhältnismässigkeit nicht anwendbar sein soll, und das illustriert noch einmal, dass es nicht um Gesinnungsstrafrecht geht, betrifft die Rechtfertigung und Glorifizierung von terroristischen Handlungen. Solche Äusserungen sind verabscheuenswürdig, häufig auch einfach dumm und unüberlegt. Ihnen ist jedoch mit anderen Mitteln ausserhalb des Strafrechts zu begegnen.

Noch ganz kurz zu den beiden Minderheiten Marti Min Li zu den Artikeln 28a und 102: Was die Frage des Quellenschutzes betrifft, so ist der Quellenschutz fraglos ein Eckpfeiler der Medienfreiheit. Dieser Quellenschutz gilt nach schweizerischem Recht aber nicht absolut. Ausnahmsweise müssen die Medienleute mitwirken, so etwa, wenn sich ohne ihre Aussage der Täter eines besonders schwerwiegenden Delikts nicht ergreifen lässt. Das Strafgesetz nennt diese schweren Delikte ausdrücklich und listet sie in einem Ausnahmenkatalog abschliessend auf: Mord, Vergewaltigung, Finanzierung von Terrorismus oder Beteiligung an kriminellen Organisationen.

Der Bundesrat beantragt nun, auch den neuen Artikel 260sexies in diesen Ausnahmenkatalog aufzunehmen. Das ist aus zwei Gründen angemessen: Erstens ist die Rekrutierung, die Ausbildung oder das Reisen zu terroristischen Zwecken gravierende Delikte. Sie wiegen nicht leichter als verschiedene andere Delikte im Ausnahmenkatalog, wie beispielsweise die Sorgfalt bei Finanzgeschäften. Zweitens führt die Aufnahme in den Ausnahmenkatalog keineswegs dazu, dass der journalistische Quellenschutz bei jedem möglichen Verstoß gemäss Artikel 260sexies automatisch ausgehebelt wird. Der Quellenschutz muss auch bei Katalogtaten nur weichen, wenn ein dringender Tatverdacht besteht und wenn dies verhältnismässig ist. Ein Gericht muss dies im Einzelfall abwägen.

Zu guter Letzt – Frau Präsidentin, ich danke für Ihre Geduld – zur Frage der Strafbarkeit des Unternehmens: Hier geht es bei Artikel 102 Absatz 2 um einige wenige Delikte, bei welchen eine primäre Haftung der Unternehmung greift. Diese Delikte, alle davon sind schwer, zeichnen sich dadurch aus, dass sie besonders häufig in einem geschäftlichen Kontext, also innerhalb einer Firma, begangen werden. Es geht z. B. um Bestechung, Geldwäscherei oder auch kriminelle Organisationen. Der neu vorgeschlagene Artikel 260sexies zeichnet sich aber dadurch aus, dass kein Konnex zu einer Organisation bestehen muss und die Taten auch vereinzelt, d. h. in Einzelfällen, und damit nicht organisiert begangen werden können. Es besteht hier also keine Notwendigkeit.

Zusammengefasst, nochmals: Der Bundesrat unterstützt beim Strafmass die Mehrheit Ihrer Kommission und damit die Erhöhung von fünf auf zehn Jahre gemäss Ständerat. In Artikel 260ter unterstützt der Bundesrat lediglich die Minderheit III (Hurter Thomas).

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Bei Artikel 260ter und Artikel 260sexies geht es um den Kern dieser Vorlage,

wir haben es gehört. Wenn wir die vorgesehenen Zusatzbestimmungen streichen, wie das gewisse Minderheiten beantragen, dann war die ganze Übung dieser Revision umsonst, dann hätte man auf diese Vorlage erst gar nicht eintreten sollen. Aber es ist klar: Nach dem Eintreten versucht man mit diesen Minderheitsanträgen, der Vorlage entsprechend die Zähne zu ziehen.

Die Kommission beantragt Ihnen, bei den Mehrheiten zu bleiben, das heisst, bei Artikel 260ter die Freiheitsstrafen generell, damit es nicht zu Fragen kommt, bei bis zu zehn Jahren zu belassen. Wir bitten Sie auch, den Antrag der Minderheit III (Hurter Thomas) abzulehnen und die Auflistung so zu belassen, wie sie hier unter Absatz 2 vorgesehen ist, auch mit den humanitären Organisationen unter Buchstabe c.

Auch Frau Porchet, Frau Marti und Frau Seiler Graf wollen, dass man Terrorismus wirkungsvoll bestraft, das ist eine Aussage von Frau Seiler Graf, aber das würden wir mit ihren Minderheitsanträgen in diesem Gesetz nicht machen. Die Kommissionsmehrheit hat in dieser Debatte nicht gehört, wie man es sonst machen sollte; wir haben von ihnen nur gehört, wie man es nicht machen soll. Mit diesem Gesetz, insbesondere mit diesen Artikeln, wollen wir Terrorismus möglichst verhindern. Ich sage Ihnen: Auch wenn wir mit diesen minimalen Einschränkungen der Freiheitsrechte nur einen einzigen terroristischen Anschlag verhindern, wird uns die Bevölkerung sicherlich Danke sagen.

Die Kommissionsmehrheit dankt auch der Frau Bundesrätin für ihre klärenden Worte zu diesen doch sehr speziellen Beispielen, die von der Minderheit genannt wurden, etwa ob, wenn ein Restaurationsbetrieb Geld wäscht, die Putzfrau, welche in diesem Betrieb arbeitet, auch bestraft werden soll. Es ist klar, dass das nicht der Fall ist. Das wurde zuhänden der Materialien auch klar gesagt.

Wir bitten Sie auch, den Antrag der Minderheit Marti Min Li, der den Quellenschutz minimal ritzt, abzulehnen und bei der Mehrheit zu bleiben. Wir sind der Meinung, dass das sicherlich der richtige Weg ist.

de Quattro Jacqueline (RL, VD), pour la commission: L'article 260ter du code pénal, "Organisations criminelles", a été créé, je le rappelle, pour lutter contre les organisations mafieuses. Il faut donc l'adapter pour la poursuite des organisations terroristes. Les critères qui indiquent quand on est en présence d'une organisation criminelle ou terroriste ont été reformulés pour faciliter le travail des autorités de poursuite pénale. C'est ce qui nous intéresse.

Une minorité de la commission craint que l'on en arrive à punir des personnes qui n'ont aucun lien avec une organisation terroriste – on a cité le chauffeur occasionnel, la serveuse travaillant dans une pizzeria –, ou encore qu'elles soient punissables avant même la commission d'une infraction.

Mme la conseillère fédérale Keller-Sutter a rappelé clairement qu'il faut une intention de soutenir l'organisation terroriste pour être punissable. On est donc à l'abri de tout arbitraire. Pour cela, je vous invite à vous reporter au message du Conseil fédéral, à la page 6512, qui l'explique très bien: "La participation à une organisation criminelle au sens de la loi consiste à s'intégrer en son sein, puis à entrer en action, ce qui n'implique pas forcément la commission d'actes illégaux. Des actes légaux tels que la mise à disposition de matériel, de locaux ou de services peuvent être considérés comme des activités servant l'organisation." Oui, mais vous allez me dire: quand est-ce considéré comme illégal? Je poursuis la lecture du message qui explique quand une personne est punissable: "On peut prouver la participation à une organisation criminelle, par exemple en la déduisant de la présence active et constante à des rencontres, de l'acceptation des rites, des structures et de la hiérarchie ou de l'obéissance exprimée et démontrée de manière répétée à l'égard de l'organisation et de ses représentants." Cela devrait mettre le chauffeur occasionnel et la femme de ménage clairement à l'abri de toute sanction.

L'article 260ter alinéa 1 lettre c concerne la fameuse exception pour les organisations humanitaires. Il est spécial d'exclure un individu ou une organisation du champ d'application d'une loi. Sur ce point, la préoccupation de la majorité est de

permettre aux organisations humanitaires de continuer à apporter de l'aide dans les zones qui sont contrôlées par des groupes problématiques, des groupes armés.

La minorité III (Hurter), qui prévoit de suivre la décision du Conseil des Etats et donc le projet du Conseil fédéral, s'oppose à cette exception, estimant non seulement qu'elle est inutile, car – comme l'a rappelé Mme la conseillère fédérale Keller-Sutter – l'aide neutre et indépendante aux victimes n'est déjà pas punissable en soi, donc il n'y a pas de risque, mais surtout que ces organisations humanitaires pourraient servir de bouclier à des actes terroristes ou encore être utilisées par des collaborateurs peu scrupuleux. Dans ces cas-là, il faudrait qu'un contrôle par des autorités pénales soit possible, ce qui n'est pas le cas lorsqu'on exempte purement et simplement les organisations humanitaires du champ d'application de la loi.

Toujours à l'article 260ter, la minorité VI (Addor) craint qu'il n'y ait pas de concours d'infraction et que, par là même, un terroriste soit moins puni qu'un autre criminel, ce qui serait évidemment complètement contre-indiqué, et certainement pas dans l'intention du législateur. Mme la conseillère fédérale Keller-Sutter a clairement expliqué que ce n'était pas le cas, puisque le concours des infractions est une règle générale du droit pénal.

Je terminerai avec l'article 260sexies. A cet article, votre commission propose également de suivre le projet du Conseil fédéral, qui tend à punir celui qui recrute, qui fournit des indications pour fabriquer ou utiliser des armes et des explosifs ou encore qui entreprend un voyage en vue – il y a toujours l'élément intentionnel – d'un acte de violence criminelle visant à intimider une population ou à contraindre un Etat ou une organisation internationale à accomplir ou à ne pas accomplir, c'est-à-dire à s'abstenir d'accomplir, un acte quelconque, ce que la minorité I (Seiler Graf) veut biffer. Cette minorité a été rejetée par 17 voix contre 8.

Je conclurai en relevant, comme l'a fait Mme la conseillère fédérale Keller-Sutter, qu'il s'agit-là du coeur du présent projet; son maintien est indispensable si on veut une lutte efficace contre le terrorisme.

De quoi parle-t-on? Je le rappelle, on parle du recrutement, de l'entraînement et de voyages en vue d'un acte terroriste. Ce ne serait donc pas poursuivable sans cette disposition, or c'est le but même de la Convention du Conseil de l'Europe et de son protocole additionnel.

Ziff. II Ziff. 2 Art. 260ter

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

...

c. Absatz 1 Buchstabe b findet keine Anwendung auf humanitäre Dienste, die von einer unparteiischen humanitären Organisation, wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, in Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Artikel 3 der Genfer Abkommen vom 12. August 1949 erbracht werden.

Abs. 2–5

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Porchet, Fivaz Fabien, Schlatter)

Unverändert

Antrag der Minderheit II

(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Abs. 1 Einleitung

Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren ...

Abs. 1 Bst. abis

abis. Streichen

Abs. 1 Bst. b

b. eine solche Organisation in ihrer verbrecherischen Tätigkeit unterstützt.

Abs. 2 Einleitung

Mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren ...

Abs. 2 Bst. b

b. eine solche Organisation in ihrer verbrecherischen Tätigkeit unterstützt.

Antrag der Minderheit III

(Hurter Thomas, Addor, Cattaneo, de Quattro, Dettling, Heimgartner, Tuena, Walliser, Zuberbühler)

Abs. 1 Bst. c

Streichen

Antrag der Minderheit IV

(Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Abs. 1 Bst. c

c. Nicht unter Absatz 1 Buchstabe b fallen die Aktivitäten von humanitären Organisationen, die im Einklang mit dem auf bewaffnete Konflikte anwendbaren Völkerrecht erfolgen.

Antrag der Minderheit V

(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Abs. 6

Die Tat wird nicht als Unterstützung von Terrorismus erachtet, wenn sie die Einführung oder Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bezweckt oder die Ausübung oder Wahrung der Menschenrechte ermöglicht.

Antrag der Minderheit VI

(Addor, Cattaneo, Dettling, Fiala, Heimgartner, Hurter Thomas, Riniker, Tuena, Walliser, Zuberbühler)

Abs. 6

Begeht der Täter im Rahmen der Organisation weitere Straftaten, wird er dafür zusätzlich bestraft.

Ch. II ch. 2 art. 260ter*Proposition de la majorité**Al. 1*

...

c. L'alinéa 1 lettre b ne s'applique pas à des services humanitaires offerts par un organisme humanitaire impartial, tel que le Comité international de la Croix-Rouge, conformément à l'article 3 commun aux Conventions de Genève du 12 août 1949.

Al. 2–5

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Porchet, Fivaz Fabien, Schlatter)

Inchangé

Proposition de la minorité II

(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Al. 1 introduction

... de cinq ans ...

Al. 1 let. abis

abis. Biffer

Al. 1 let. b

b. soutient une telle organisation dans son activité criminelle.

Al. 2 introduction

... de dix ans ...

Al. 2 let. b

b. soutient une telle organisation dans son activité criminelle.

Proposition de la minorité III

(Hurter Thomas, Addor, Cattaneo, de Quattro, Dettling, Heimgartner, Tuena, Walliser, Zuberbühler)

Al. 1 let. c

Biffer

Proposition de la minorité IV

(Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Al. 1 let. c

c. Sont exclues de l'alinéa 1 chiffre b les activités des organisations humanitaires menées conformément aux règles du droit international applicable dans les conflits armés.

Proposition de la minorité V

(Porchet, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Al. 6

L'acte n'est pas considéré comme du soutien au terrorisme lorsqu'il vise à instaurer ou à rétablir un régime démocratique ou un Etat de droit, ou encore à permettre l'exercice des droits de l'homme ou la sauvegarde de ceux-ci.

Proposition de la minorité VI

(Addor, Cattaneo, Dettling, Fiala, Heimgartner, Hurter Thomas, Riniker, Tuena, Walliser, Zuberbühler)

Al. 6

Si l'auteur commet d'autres infractions dans le cadre de l'organisation, il est punissable pour celles-ci également.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous devons mettre au net cette disposition et traiter toutes les propositions de minorité avant d'opposer, dans un dernier vote, le résultat obtenu à la proposition de la minorité I (Porchet) qui demande de laisser inchangé cet article.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20646)

Für den Antrag der Mehrheit ... 122 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 67 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20647)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 70 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Dritte Abstimmung – Troisième vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20648)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III ... 77 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20649)

Für den Antrag der Minderheit V ... 71 Stimmen

Dagegen ... 119 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Fünfte Abstimmung – Cinquième vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20650)

Für den Antrag der Minderheit VI ... 73 Stimmen

Dagegen ... 115 Stimmen

(2 Enthaltungen)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous pouvons désormais opposer le résultat des votes précédents à la proposition de la minorité I (Porchet) de laisser l'article 260ter inchangé.

Sechste Abstimmung – Sixième vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20651)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 68 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II Ziff. 2 Art. 102 Abs. 2*Antrag der Minderheit*

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Handelt es sich dabei um eine Straftat nach den Artikeln 260ter, 260quinquies, 260sexies, 305bis, 322ter, 322quinquies, 322septies Absatz 1 oder 322octies, so wird das Unternehmen unabhängig von der Strafbarkeit natürlicher Personen bestraft, wenn dem Unternehmen vorzuwerfen ist, dass es nicht alle erforderlichen und zumutbaren organisatorischen Vorkehren getroffen hat, um eine solche Straftat zu verhindern.

Ch. II ch. 2 art. 102 al. 2*Proposition de la minorité*

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

En cas d'infraction prévue aux articles 260ter, 260quinquies, 260sexies, 305bis, 322ter, 322quinquies, 322septies alinéa 1 ou 322octies, l'entreprise est punie indépendamment de la punissabilité des personnes physiques s'il doit lui être reproché de ne pas avoir pris toutes les mesures d'organisation raisonnables et nécessaires pour empêcher une telle infraction.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le vote vaut également pour le chiffre 2 article 260sexies.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20652)

Für den Antrag der Minderheit ... 82 Stimmen

Dagegen ... 108 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II Ziff. 2 Art. 28a Abs. 2 Bst. b*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

b. ... 260quinquies, 305bis ...

Ch. II ch. 2 art. 28a al. 2 let. b*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

b. ... 260quinquies, 305bis ...

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le vote vaut également pour le chiffre 3 article 172 alinéa 2 lettre b ainsi que pour le chiffre 4 article 27a alinéa 2 lettre b.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20653)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 83 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II Ziff. 3 Art. 172 Abs. 2 Bst. b Ziff. 3*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Unverändert

Ch. II ch. 3 art. 172 al. 2 let. b ch. 3*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Inchangé

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité II (Marti Min Li) au chiffre 2 article 102 alinéa 2.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Ziff. II Ziff. 4 Art. 27a Abs. 2 Bst. b***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

b. ... 260quinquies, 305bis ...

Ch. II ch. 4 art. 27a al. 2 let. b*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Graf-Litscher, Pointet, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

b. ... 260quinquies, 305bis ...

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité II (Marti Min Li) au chiffre 2 article 102 alinéa 2.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Ziff. II Ziff. 2 Art. 260sexies***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Seiler Graf, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter)

Streichen

Antrag der Minderheit II

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 2 art. 260sexies*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Seiler Graf, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter)

Biffer

Proposition de la minorité II

(Marti Min Li, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Porchet, Roth Franziska, Schlatter, Seiler Graf)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité II (Marti Min Li) au chiffre 2 article 102 alinéa 2. Le vote sur la minorité I (Seiler Graf) vaut également pour le chiffre 2 article 66a alinéa 1 lettre I.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20654)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 69 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II Ziff. 2 Art. 66a Abs. 1 Bst. I, p*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Seiler Graf, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter)

Abs. 1 Bst. I

I. strafbare Vorbereitungshandlungen (Art. 260bis Abs. 1 und 3), Beteiligung an oder Unterstützung einer kriminellen oder terroristischen Organisation (Art. 260ter), Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit Waffen (Art. 260quater), Finanzierung des Terrorismus (Art. 260quinquies); (Rest streichen)

Ch. II ch. 2 art. 66a al. 1 let. I, p*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Seiler Graf, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Roth Franziska, Schlatter)

Al. 1 let. I

I. actes préparatoires délictueux (art. 260bis al. 1 et 3), participation ou soutien à une organisation criminelle ou terroriste (art. 260ter), mise en danger de la sécurité publique au moyen d'armes (art. 260quater), financement du terrorisme (art. 260quinquies); (Biffer le reste)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous nous sommes déjà prononcés sur la proposition de la minorité Seiler Graf au chiffre 2 article 260sexies.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Ziff. II Ziff. 2 Art. 72; 305bis Ziff. 2 Abs. 2 Bst. a; 317bis Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 2 art. 72; 305bis ch. 2 al. 2 let. a; 317bis al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Block 3 – Bloc 3***Rechtshilfegesetz**Loi sur l'entraide pénale internationale*

Roth Franziska (S, SO): Der erste Antrag will Artikel 3 Absatz 3 aufheben. Die Schweiz hat die globalen Standards über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten übernommen. Absatz 3 ist somit nicht mehr zeitgemäss. Zudem ist er hinsichtlich der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung ein Problem, denn sehr oft ist eine Verkürzung fiskalischer Abgaben einfacher nachzuweisen als Geldwäscherei oder gar Terrorismusfinanzierung. Sind Gelder kriminell erworben worden oder zur Finanzierung von Terrorismus bestimmt, so werden sie meist nicht ordentlich versteuert. Werden nicht versteuerte Gelder Gegenstand der internationalen Rechtshilfe, so wird es einfacher, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung zu erkennen.

Einen zweiten Antrag haben wir zu Artikel 80dbis, den wir ebenfalls streichen wollen. Die vorgesehene Weitergabe von Ergebnissen aus der Beweismittelerhebung an ausländische Behörden vor dem Erlass einer Schlussverfügung führt zu einer starken Verwässerung des bisherigen Rechtsschutzes, denn hier geht es um nichts anderes als die vorzeitige Übermittlung von Informationen und Beweismitteln an Stellen im Ausland, ohne jegliche gerichtliche Überprüfung und ohne

jegliche Information an die Betroffenen. Die betroffene Person muss im Vorfeld nicht informiert werden. Das ist rechtsstaatlich höchst fragwürdig. Laut Absatz 1 Buchstabe a geht es auch nicht allein um Terrorismus, sondern um sämtliche Straftaten, bei denen die Strafandrohung mehr als ein Jahr beträgt. Das würde also nahezu das gesamte Strafgesetzbuch betreffen. In Absatz 4 werden gewisse Auflagen an die ersuchende Behörde im Ausland formuliert. Freilich kann diese versprechen, was sie will, aber die Schweiz kann dies unmöglich überprüfen. Schliesslich soll es künftig nicht nur dem Nachrichtendienst des Bundes, sondern auch den kantonalen Behörden möglich sein, entsprechende Informationen weiterzuleiten. Eine einheitliche und sorgfältige Übermittlung der sensiblen Daten ist aber nur gewährleistet, wenn sie zentralisiert und stets von derselben Dienststelle ausgeführt wird, zumal kantonale Ämter und Beobachtungsbehörden alle Informationen im Zusammenhang mit Terrorismus umgehend dem Nachrichtendienst des Bundes mitteilen müssen.

Sollte der Streichungsantrag nicht angenommen werden, stelle ich den Antrag, in Absatz 2 die Formulierung "einer auslieferungsfähigen strafbaren Handlung" durch "eines Verbrechens" zu ersetzen. Zu einer Auslieferung befähigen inzwischen schon sehr bescheidene Straftaten wie das Stehlen eines Kleidungsstückes, das mehr als 300 Franken kostet. Wir dürfen keine derart weitgehende Aushebelung des Rechtsschutzes ermöglichen. Die vorzeitige Übermittlung von Informationen und Beweismitteln soll darum nur bei einem Verbrechen möglich sein. Die kleine und mittlere Kriminalität soll davon ausgeschlossen bleiben.

Dann noch zu Artikel 80dterdecies des Rechtshilfegesetzes (IRSG), zu dem wir die Einführung von drei neuen Absätzen beantragen: Es ist richtig und legitim, dass der Gesetzgeber der Verwaltung im Rechtshilfegesetz zusätzliche Ermittlungsmöglichkeiten einräumt. Aus rechtsstaatlichen Gründen muss er aber gleichzeitig dafür sorgen, dass parallel eine starke Aufsicht sichergestellt ist und dass die Verhältnismässigkeit und die Grundrechte gewahrt bleiben. Obschon die gemeinsamen Ermittlungsgruppen sehr weitgehende Ermittlungsbefugnisse auch bei blossen Vorbereitungshandlungen erhalten, sieht das Rechtshilfegesetz bisher allein das Bundesamt für Justiz als Aufsichtsbehörde vor. Es entsteht so ein Ungleichgewicht namentlich im Vergleich zum Nachrichtendienstgesetz, das eine ausgebaute und mehrstufige Aufsicht vorsieht. Die gleichwertigen Kontroll- und Aufsichtsverfahren fehlen im IRSG. Je stärker das Rechtshilfegesetz Rechtsgrundlage für Ermittlungen bereits im Vorfeld von Straftaten wird, desto mehr braucht es eine angemessene Aufsicht. Indem eine kantonale oder eidgenössische Rechtshilfebehörde selber Ermittlungen einleiten kann, verändert sich nämlich deren Charakter. Die Rechtshilfebehörden leiten nicht mehr einfach Erkenntnisse weiter, sondern werden selbst zur ermittelnden Behörde in Strafsachen. Sie treten damit an die Stelle der üblichen Ermittlungsbehörden. Wenn das Rechtshilfegesetz nun den kantonalen und eidgenössischen Rechtshilfebehörden das Recht einräumt, Ermittlungsgruppen einzusetzen, muss das zwingend kontrolliert werden können. Darum diese neuen Absätze.

Walliser Bruno (V, ZH): Im dritten Block geht es jetzt noch um die Rechtshilfe. Ich werde mich hier sehr kurz fassen. Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, die Minderheiten Roth Franziska abzulehnen und den Mehrheiten Ihrer Kommission bzw. dem Bundesrat zu folgen. Die Streichungsanträge von Kollegin Roth in Block 3 verfolgen die gleichen Ziele wie die vorangegangenen Minderheitsanträge der links-grünen Seite dieses Rates, nämlich, die Vorlage so weit wie möglich unbrauchbar zu machen.

Das Rechtshilfegesetz vom 20. März 1981 soll zum Beispiel dahingehend geändert werden, dass die zuständige Behörde ausnahmsweise auch vor dem Erlass der Schlussverfügung die vorzeitige Übermittlung von Informationen über erhobene Beweismittel verfügen kann, wenn die ausländischen Ermittlungen ohne diese Rechtshilfemassnahmen unverhältnismässig erschwert werden, insbesondere bei Kollusionsgefahr, oder aber auch, um eine schwere und unmittelbare Ge-

fahr, insbesondere die Begehung einer terroristischen Straftat, abzuwehren. Dieser Austausch ist enorm wichtig. Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, die Minderheiten Roth Franziska in globo abzulehnen.

Candinas Martin (M-CEB, GR): Bei diesem Block geht es um die Änderung im Rechtshilfegesetz. Die internationale Zusammenarbeit ist bei der Terrorismusprävention und -bekämpfung essenziell. Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP anerkennt, dass dabei teilweise Informationen und Beweismittel vorzeitig übermittelt werden müssen.

Artikel 80dbis Absatz 1 Buchstabe a dient dem Zweck, in besonders komplexen Strafverfahren, wie eben Terrorismusverfahren, die strafrechtliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem Ausland zu erleichtern und damit also die Verfolgung und Bestrafung der internationalen Schwermriminalität erfolgreich zu gestalten. Buchstabe b dagegen folgt dem Präventionsgedanken. Wenn es darum geht, eine schwere und unmittelbare terroristische Gefahr abzuwehren, muss mit dem Ausland vertraulich kooperiert werden können. Die Zusammenarbeit mit dem Ausland muss ausnahmsweise und aufgrund der besonderen Art der betroffenen Rechtshilfemassnahme, die verdeckt erfolgen muss, vertraulich bleiben. Also muss in diesen Ausnahmefällen die Herausgabe von Informationen an die Strafverfolgungsbehörden im Ausland möglich sein, bevor der von der Rechtshilfemassnahme in der Schweiz Betroffene über die Massnahme informiert wird; sonst wäre der Erfolg des ausländischen Strafverfahrens bedroht, und die Schweiz bliebe bei solchen Ermittlungen weiter aussen vor. Die ausländischen Strafverfolgungsbehörden dürfen die so übermittelten Informationen aber nur zu Ermittlungszwecken verwenden. Der Betroffene wird zudem baldmöglichst über die Rechtshilfemassnahme informiert, sobald das dortige Geheimhaltungsbedürfnis nicht mehr besteht. Der Rechtsschutz bleibt dabei vollumfänglich gewahrt.

Der Betroffene kann hierfür auf jeden Fall zum Zeitpunkt des formellen Abschlusses des Rechtshilfeverfahrens gegen die Schlussverfügung über die Gewährung der Rechtshilfe Beschwerde erheben. Mit dieser kann er auch die vorzeitige Herausgabe anfechten. Dringt er mit seiner Beschwerde durch, muss die ausländische Strafverfolgungsbehörde die vorzeitig erhaltenen Informationen vollständig aus ihren Akten entfernen.

Die Zusicherung der ausländischen Behörde, die vorzeitig erhaltenen Informationen bei Ablehnung der Rechtshilfe aus den Akten zu entfernen, wie auch jene der nur zu Ermittlungszwecken bestimmten Verwendung, holt die schweizerische Rechtshilfebehörde vorgängig ein. Die Rechtshilfe beruht auf dem Grundsatz der Reziprozität, also der Gegenseitigkeit, und des Vertrauens.

Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP hat die klare Erwartung, aber auch das nötige Vertrauen in unsere Institutionen, dass die Schweiz diese Norm nun mit jenen Staaten anwendet, zu denen die Schweiz eine langjährige Rechtshilfebeziehung hat und entsprechendes Vertrauen besteht. Eine Abschwächung dieser internationalen Zusammenarbeit bei der Terrorismusprävention und -bekämpfung sowie der Verfolgung und Bestrafung der internationalen Schwermriminalität lehnt die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP ab. Die Schweizer Staatsanwaltschaften müssen mit ihren ausländischen Partnern wirksam schwere Kriminalität verhindern und die Zusammenarbeit beschleunigen können, um die Strafverfolgung verbessern zu können.

So bitte ich Sie, alle Minderheitsanträge abzulehnen und der Mehrheit der Kommission zu folgen.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le groupe vert/libéral soutient la proposition de la majorité.

Porchet Léonore (G, VD): Il s'agit dans ce projet de renforcer le code pénal suisse. Quand on renforce le code pénal, il est indispensable de se prémunir de tout dérapage, puisque toute modification du code pénal signifie des condamnations parfois lourdes, et toute mauvaise interprétation serait une erreur insupportable.

Ainsi, l'introduction, comme le propose notre collègue Franziska Roth, dans la surveillance fédérale, d'une garantie de proportionnalité dans les mesures prises par les ministères publics ainsi que la garantie du respect des droits fondamentaux font partie des mesures que nous devons soutenir.

De plus, la proposition de l'article additionnel 80d permet également à nos chambres d'avoir un aperçu général des autorités de surveillance. Ceci va de pair avec la position de notre groupe, qui souhaite que les institutions démocratiques puissent avoir en tout temps un aperçu des mesures prises par les autorités pendant des procédures pénales concernant le terrorisme.

En ce qui concerne l'article 3 alinéa 3, il faut choisir si on veut lutter ou non contre le terrorisme. Cela me semble étrange, compte tenu des grandes déclarations qui ont été faites à cette tribune, que tout d'un coup on choisisse d'accorder moins de moyens à la lutte contre les capitaux cachés en Suisse. Cet article n'est plus d'actualité, et il pose problème dans la lutte contre le blanchiment d'argent. Je vous encourage à soutenir la minorité Roth Franziska.

Concernant les minorités Roth Franziska aux articles 80dbis alinéa 1 et 80dbis alinéa 2, nous vous encourageons à les soutenir, puisqu'elles portent sur la possibilité de transférer de manière prématurée à l'étranger des informations sur des personnes, sans qu'elles le sachent et sans contrôle judiciaire des informations, ce qui va totalement à l'encontre des principes de l'Etat de droit. Si vous ne soutenez pas la minorité à l'alinéa 1, nous vous demandons au moins de soutenir celle à l'alinéa 2.

J'ai déjà parlé de l'article 80dterdecies, que je vous encourage également à soutenir.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich bitte Sie im Namen des Bundesrates, hier alle Minderheiten abzulehnen. Ich spreche zuerst über Artikel 3 des Rechtshilfegesetzes. Dieser regelt Ausschlussgründe für die Rechtshilfe. Neben Taten, die einen politischen oder militärischen Charakter haben, schliesst Artikel 3 Absatz 3 auch Steuerhinterziehung und gewisse Delikte im Währungs- und wirtschaftspolitischen Bereich von der Rechtshilfe aus. Weder die Ausschlussgründe generell noch speziell die Steuerrechtshilfe sind aber Gegenstand der heute behandelten Vorlage. Der Bezug zwischen der Terrorismusbekämpfung und der Steuerhinterziehung ist nicht ersichtlich.

Ich kann auch darauf hinweisen, dass der Bundesrat nach 2009 einen Rückzug des sogenannten Fiskalvorbehalts in der Rechtshilfe geprüft hat. Er hat in der Folge diverse Massnahmen zur Verbesserung der Rechtshilfe im Bereich der Steuerdelikte umgesetzt. Nach dem Verzicht auf die Revision des schweizerischen Steuerstrafrechts 2017 hat der Bundesrat hingegen am 29. August 2018 explizit entschieden, auf einen Rückzug des Fiskalvorbehalts bei der Rechtshilfe, also genau die Streichung von Artikel 3 Absatz 3 IRSG, zu verzichten. Hauptgrund war, dass damit die ausländischen Strafbehörden mehr Informationen erhalten würden als unsere eigenen schweizerischen Behörden. Ich beantrage Ihnen deshalb die Ablehnung dieser Minderheit.

Mit Artikel 80dterdecies beantragt die Minderheit Ihrer Kommission, dass die gemeinsamen Ermittlungsgruppen der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft zu unterstellen sind. Die Aufsichtsbehörde überprüft in administrativer Hinsicht die Recht-, Ordnungs- und Zweckmässigkeit des Handelns der Bundesanwaltschaft. In keiner Art und Weise hat sie jedoch eine justizielle Kontrollfunktion über die Tätigkeit der Bundesanwaltschaft und schon gar nicht über die sonstigen Behörden, zum Beispiel über die kantonalen Staatsanwaltschaften, die sich an diesen gemeinsamen Ermittlungsgruppen beteiligen. Ich bezweifle auch, dass eine solche neue Aufsicht verfassungskonform wäre, da die Aufsicht über die Staatsanwaltschaften ja kantonal geregelt ist. Das Bundesamt für Justiz nimmt im Bereich der Rechtshilfe eine erste operative Kontrollfunktion während der laufenden Massnahme wahr. Bereits das Bundesamt für Justiz achtet auf die Wahrung der Verhältnismässigkeit und der Grundrechte. Für die justizielle Kontrolle, und um die geht es ja letztlich, ist aber auch im Rechtshilfeverfahren ein Gericht zuständig.

Ich komme noch zu den beiden Minderheitsanträgen Roth Franziska zu Artikel 80dbis und Artikel 80dbis Absatz 2: Wenn die Schweiz anderen Staaten Rechtshilfe leistet oder von anderen Staaten Rechtshilfe erhält, kooperieren die schweizerischen Strafverfolgungsbehörden arbeitsteilig mit ihren ausländischen Partnern, und nur wenn beide Staaten ihren Teil beitragen, kann die internationale Kriminalität auch wirkungsvoll bekämpft werden. Die Zusammenarbeit kann in komplexen Strafverfahren nur dann erfolgreich verlaufen, wenn sie eine gewisse Zeit vertraulich bleiben kann. Die Information des Betroffenen im schweizerischen Rechtshilfeverfahren muss in gewissen Fällen mit der Information des Verfolgten im ausländischen Strafverfahren koordiniert werden können.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Die Schweiz überwacht aufgrund eines deutschen Rechtshilfeersuchens den Telefonanschluss eines Terrorverdächtigen; das ist nicht abwegig, das ist durchaus aus der Praxis. Der Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt hatte zeitweise mit einer Handynummer aus der Schweiz telefoniert. Wird der Verdächtige nun in der Schweiz über die Überwachung der deutschen Behörden informiert, dann fliegt natürlich die ganze Strafuntersuchung auf. Es ist aber nach geltendem Recht so, dass die Schweiz die wichtigen Inhalte der abgehörten Telefongespräche nicht an die deutschen Strafverfolger übermitteln kann, ohne vorgängig den Betroffenen zu informieren.

Wir vergeben hier auch eine Chance, schwere Kriminalität über Landesgrenzen hinweg zu verhindern. Damit die ausländischen Ermittlungen nicht blockiert oder gefährdet werden, muss auch die schweizerische Rechtshilfemassnahme in manchen Fällen eine gewisse Zeit geheim bleiben. Gerade darin liegt der Nutzen der vorzeitigen Übermittlung von Informationen und Beweismitteln. Das soll aber nur in Ausnahmefällen gelten, und zwar dann, wenn die ausländischen Ermittlungen ohne die Weitergabe stark erschwert oder verunmöglicht werden oder wenn eine schwere und unmittelbare Gefahr, z. B. ein Terroranschlag, droht.

Ich bitte Sie also hier, diese Minderheit nicht gutzuheissen.

In der zweiten Minderheit Roth Franziska wird beantragt, dass der Anwendungsbereich der vorzeitigen Ermittlung auf Verbrechen beschränkt bleibt. Der Antrag der Kommissionsminderheit zielt darauf ab, die Bestimmungen über die dynamische Rechtshilfe auf bestimmte Fälle zu beschränken. Das ist eigentlich auch ein Anliegen des Bundesrates. Die dynamische Rechtshilfe soll gemäss Entwurf eben nur ausnahmsweise zur Anwendung gelangen. Die Kommissionsminderheit schlägt nun aber vor, den Anwendungsbereich der Norm auf Verbrechen mit einer Strafandrohung von mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe zu beschränken, also nur für die schwersten Delikte des Strafgesetzbuches umzusetzen. Der Bundesrat ist, wie auch Ihre Kommissionsmehrheit, der Auffassung, dass die im Entwurf vorgesehene Beschränkung auf Auslieferungsdelikte, also auf Delikte mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr, den Anwendungsbereich hinreichend einschränkt.

Ich möchte Sie auch hier bitten, Ihrer Kommissionsmehrheit zu folgen.

Tuena Mauro (V, ZH), für die Kommission: Wir befinden uns im letzten Block, beim Rechtshilfegesetz. Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, sämtliche Minderheiten abzulehnen. Es ist klar, dass Terrorismus nicht an den Grenzen haltmacht und dass ein Informationsaustausch in beschränktem Ausmass stattfinden soll und auch stattfinden muss. Etwas speziell findet die Kommissionsmehrheit den Streichungsantrag zu Artikel 3. Dieser betrifft keine Änderung und war schon bis anhin geltendes Recht.

Erlauben Sie mir, am Ende der Debatte noch etwas aus Sicht der Kommissionsmehrheit zu sagen. Sie sind heute im Wesentlichen der Kommissionsmehrheit und dem Bundesrat gefolgt. Wir haben mit dieser Vorlage ein griffiges Instrument gegen Terrorismus geschaffen. Diese ausgewogene Vorlage, da bin ich sicher, würde einem allfälligen Referendum standhalten.

Eine Mehrheit Ihrer Kommission unterstützte in der Gesamtabstimmung nach der Beratung in der Kommission den Ihnen heute vorliegenden Entwurf, den wir gerade beraten haben. Das Abstimmungsergebnis betrug 19 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen, dieses Gesetz in der Gesamtabstimmung zu unterstützen.

de Quattro Jacqueline (RL, VD), pour la commission: Tout d'abord, j'aimerais rappeler deux divergences que nous avons créées avec le Conseil des Etats. Tout d'abord, à l'article 80dbis alinéa 1 de la loi sur l'entraide pénale internationale, la commission n'a pas souhaité limiter la transmission anticipée d'informations et de moyens de preuve uniquement aux cas de danger grave et imminent pour la vie ou l'intégrité corporelle, étant d'avis que cela restreindrait par trop son champ d'application. La position de la commission a été arrêtée par 18 voix contre 4 et 3 abstentions.

La commission est également d'avis qu'une transmission anticipée d'informations doit avoir lieu lorsque les enquêtes étrangères seraient excessivement difficiles sans cette mesure d'entraide ou afin de prévenir un danger grave et imminent. Elle partage l'avis du Conseil fédéral selon lequel il s'agit en la matière de deux éléments différents, ce qui justifie la formulation "ou" et non pas "et" qui, elle, exigerait un cumul des conditions.

Enfin, à l'article 80dbis alinéa 4, votre commission n'a pas non plus suivi le Conseil des Etats qui voulait exiger une demande écrite, considérant que c'était trop restrictif lorsque la mesure est urgente et que le temps presse.

Elle a enfin rejeté toutes les propositions défendues par les minorités ne servant qu'à affaiblir l'entraide pénale internationale dont nous avons un besoin urgent.

En conclusion, je vous invite à suivre notre commission et à accepter le projet afin que notre pays dispose enfin des outils nécessaires pour lutter efficacement contre une des formes les plus dangereuses et les plus vicieuses de la criminalité. N'oublions pas que notre responsabilité n'est pas de protéger le terroriste, mais notre population.

Ziff. II Ziff. 5 Art. 3 Abs. 3

Antrag der Minderheit

(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Aufheben

Ch. II ch. 5 art. 3 al. 3

Proposition de la minorité

(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Abroger

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20655)

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

Dagegen ... 125 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II Ziff. 5 Art. 80dbis

Antrag der Mehrheit

Abs. 1 Einleitung, 2, 3, 5, 6

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 1 Bst. a, b, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Streichen

Antrag der Minderheit

(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)

Abs. 2

Die betreffenden Informationen oder Beweismittel müssen im Zusammenhang mit der Verhinderung oder der Verfolgung eines Verbrechens stehen.

Ch. II ch. 5 art. 80dbis*Proposition de la majorité**Al. 1 introduction, 2, 3, 5, 6*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 1 let. a, b, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Fridez, Graf- Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)
Biffer*Proposition de la minorité*

(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Fridez, Graf- Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)

Al. 2

Les informations ou moyens de preuve concernés doivent être en relation avec la prévention ou la poursuite d'infractions.

*Abs. 2 – Al. 2**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 18.071/20656)

Für den Antrag der Mehrheit ... 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Art. 80dbis**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 18.071/20657)

Für den Antrag der Mehrheit ... 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II Ziff. 5 Art. 80dter-80dduodecies*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 5 art. 80dter-80dduodecies*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Ziff. II Ziff. 5 Art. 80dterdecies***Antrag der Minderheit*

(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)

Abs. 1

Die kantonale oder eidgenössische Rechtshilfebehörde meldet der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft die Einsetzung gemeinsamer Ermittlungsgruppen (GEG) gemäss Artikel 80dter dieses Gesetzes und erstattet ihr über deren Tätigkeit periodisch Bericht.

Abs. 2

Die Aufsichtsbehörde wacht über die Verhältnismässigkeit der getroffenen Massnahmen und die Wahrung der Grundrechte durch die GEG.

Abs. 3

Sie informiert darüber jährlich in allgemeiner Form das Parlament.

Ch. II ch. 5 art. 80dterdecies*Proposition de la minorité*

(Roth Franziska, Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf)

Al. 1

L'autorité d'entraide fédérale ou cantonale annonce à l'Autorité de surveillance du Ministère public de la Confédération l'institution d'ECE au sens de l'article 80dter de la présente loi et lui rend périodiquement compte de leurs activités.

Al. 2

L'autorité de surveillance veille à la proportionnalité des mesures prises et au respect des droits fondamentaux par l'ECE.

Al. 3

Elle en informe le Parlement chaque année en termes généraux.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.071/20658)

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

Dagegen ... 126 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II Ziff. 6*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II ch. 6*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif; 18.071/20659)

Für Annahme des Entwurfes ... 127 Stimmen

Dagegen ... 54 Stimmen

(13 Enthaltungen)

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

20.3143

Motion SPK-N.**Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens****Motion CIP-N.****Accueil de réfugiés en provenance de Grèce et réforme des accords de Dublin**Nationalrat/Conseil national 16.06.20*Antrag der Mehrheit*

Annahme der Motion

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Addor, Bircher, Buffat, Glarner, Marchesi, Steinemann)

Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité

Adopter la motion

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Addor, Bircher, Buffat, Glarner, Marchesi, Steinemann)

Rejeter la motion